

GRENZWERTIG

Zeitschrift für Migration und Menschenrechte Ausgabe #4 · Sommer 2011 · kostenlos

Teil eins · Vor der Haustür

- 02 Gastkommentar Wolfgang Thierse
- 03 Hilferufe im Web - Teil 1:
Kinderflüchtlinge bloggen
- 04 RassistInnen in Uniform
- 09 Neue Rechte – Alte Denke
- 12 Antiziganismus in Trier
- 14 Deutschland droht zum Abschied
- 16 Abgeschoben ins Nichts
- 18 Rückkehrhilfe im Zwielicht

Teil zwei · Kulturteil

- 23 Buch- und Filmkritik
- 27 Lyrik, Prosa und Zeichnungen

Teil drei · Weltweit

- 35 Menschenrechtsbeobachtungen
in Chiapas / Mexiko
- 38 Fotoreportage aus Rumänien
- 43 Hilferufe im Web - Teil 2
- 44 Homosexuelle Flüchtlinge in
Europa
- 46 Kosovo: Kein kommender Aufstand
- 50 Migration nach Russland
- 52 Europäische Migrationspolitik:
Die Stunde der Populisten
- 58 Wird der Fluchtweg nach
Europa menschlicher?



EDITORIAL

Liebe Leserin,
Lieber Leser,

seit unserer letzten Ausgabe im Winter 2010 ist weltweit, wie auch vor unserer Haustür einiges in Bewegung geraten. In Rheinland-Pfalz gibt es seit der Landtagswahl im März eine neue Regierungskoalition. Der von uns in der letzten Ausgabe im Artikel *Out of Control* kritisierte Innenminister Peter Bruch ist inzwischen nicht mehr im Amt. Auch der langjährige Kampf des Multikulturellen Zentrums und anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen für die Schließung des Ausreisezentrums (LufA) hat zum Erfolg geführt. Seit Anfang Juli ist die Einrichtung geschlossen. Ein weiterer Grund zum Feiern ist das 20-jährige Jubiläum des Multikulturellen Zentrums, zu dem die 4. Ausgabe unserer Zeitschrift pünktlich erschienen ist. Wir freuen uns deshalb besonders für unsere Jubiläumsausgabe den Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse als Gastkommentator gewonnen zu haben. Er hat uns seine Sichtweise zu der Einführung eines Gedenktages der Vertriebenen geschildert.

Auch weltweit war das letzte Halbjahr von Veränderungen geprägt. Die arabischen Revolutionen haben die Welt in ihren Bann gezogen. Die *Grenzwertig* betrachtet in einem Artikel die Auswirkungen, die die Veränderungen in der arabischen Welt auf das europäische Grenzregime haben. In drei Gastkommentaren haben wir dazu auch die Meinung von Experten eingeholt. Ein Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe der *Grenzwertig* ist auch der Kosovo, den unser Redakteur Fabian Jellonnek bereist hat. In mehreren Artikeln wird unter anderem auf das Schicksal einer aus Kassel in den Kosovo abgeschobenen Familie eingegangen und die Rückkehrberatung der Diakonie Trier unter die Lupe genommen. Erstmals findet sich in der *Grenzwertig* mit *Maria/Romania* von Calin Kruse auch eine Fotoreportage.

Zu erwähnen bleibt noch, dass es die *Grenzwertig* seit Anfang dieses Jahres unter www.kulturlotsen.org/grenzwertig auch als Online-Ausgabe gibt. Hier finden Sie nicht nur ein Archiv mit älteren Ausgaben der *Grenzwertig*, sondern auch aktuelle Artikel und Informationen.

Beste Grüße und eine aufschlussreiche Lektüre,

Ihr Pit Reinesch
(Onlineredakteur der *Grenzwertig*)

GEDENKEN OHNE GEDÄCHTNIS?

WARUM DER 5. AUGUST KEIN GEDENKTAG FÜR DIE VERTRIEBENEN SEIN KANN

Wolfgang Iritose



Die Regierungskoalition plant derzeit die Einführung eines „bundesweiten Gedenktages für die Opfer von Vertreibung“. Dafür sieht sie den 5. August vor und greift damit auf den Tag der Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ im Jahr 1950 zurück. Dieser Bezug ist es, der nachvollziehbar eine Provokation für unsere östlichen Nachbarn darstellt. Und dies zu Recht, denn er steht für einen verkürzenden Umgang mit unserer Geschichte. Im Prozess der Aussöhnung wirft uns der Vorstoß der Regierungskoalition um Jahre zurück. Er hat bereits für internationale Verstimmungen gesorgt.

Raison d'Être der Bundesrepublik war und bleibt es, den demokratischen Staat und seine politische Kultur als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Vergangenheit zu begreifen. Das ist unser gemeinsames moralisches Fundament. Für uns Deutsche muss die Sensibilität für die Opfer von Vertreibungen und Flucht zu allererst aus der Erkenntnis resultieren, dass wir selbst massiv andere Völker vertrieben, unendliches Leid über sie gebracht und sie zu Opfern gemacht haben. Aus dieser bitteren Erfahrung folgert unsere dauerhafte moralische Verpflichtung!

Dieses Selbstverständnis vorausgesetzt, kann es ein Gedenken im Geiste der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ nicht geben! Denn zahlreiche Aussagen in der Charta sind schlicht falsch. So zum Beispiel diese: *Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.* Was für eine Anmaßung. Als hätte es den Holocaust nicht gegeben!

Die Charta ist ein zeitgenössisches Dokument, eine Stimme aus dem Jahr 1950. Vertriebene hatten viel Leid erfahren und waren nach all dem noch nicht in ihrer neuen „kalten Heimat“ angekommen. Heute haben wir die Charta mit dem Wissen und dem Abstand von 60 Jahren zu beurteilen. Sich noch immer unreflektiert auf sie zu berufen, sie zu kanonisieren anstatt historisch einzuordnen, ist weder moralisch noch politisch legitim. Deshalb darf und kann der Tag ihrer Unterzeichnung vernünftigerweise nicht zum Gedenktag gemacht werden!

HILFERUFE IM WEB – TEIL 1

JUNGE FLÜCHTLINGE BLOGGEN

Das Blog *Birds of Immigrants* (<http://birdsofimmigrants.jogspace.net>) sammelt die Stimmen junger Flüchtlinge in Europa. Eine schockierende, authentische Dokumentation über die Situation von Kindern auf der Flucht. Die *Grenzwertig* veröffentlicht eine Auswahl. Wir bitten unsere LeserInnen durch Verlinkung das Blog bekannter zu machen.

Zusammenstellung: Redaktion

What I think of most ...

Published on December 11, 2009 in Greece and Iran. 0 Comments Tags: waiting area, what I wish for.

One day I was sitting home and thinking. What should I do? I decided I have to go to Europe. I told my father about my decision. He said it is my life and my decision. He said he would support me as much as possible. His money was just enough for me to reach this country. I left my home 8 months ago. My uncle is in England. He promised to help me arrive there. Now he does not answer his phone and I don't know what to do. I have no money left. For a month I was sleeping outside on the streets. In the night I walked around because it was very cold. During the day I slept for some hours. I am waiting for the call of my uncle. Why does he not call? The only thing I am thinking all the time is that I have to leave this country. I have to leave this country! If I cannot leave this country to another European country, I will return to my family in Iran. It doesn't matter where I go, I just want to leave from here! I want to go to school again and I want asylum.

I want to be a email ...

Published on December 7, 2009 in Everywhere. 0 Comments Tags: crossing the border, what I wish for.

If I send an e-mail from Greece to Germany it will arrive within seconds. How much I would like to be send in an email, wouldn't that be great? Do you think I fit into the computer so that you can send me too?

An unsuccessful attempt

Published on November 14, 2009 in Republic of Macedonia. 0 Comments Tags: crossing the border.

we came till skopia

and my mobile said :

T-mobile welcomes you to the Republic of Macedonia! For assistance please call 0038970122! Have a pleasant stay in our contry!

we were happy and they did welcome us very well as very special gueast. But the police kicked us out of the border, back to greece

i am an unlucky man.

Teil 2 finden Sie auf Seite 43

RASSIST_INNEN IN UNIFORM

KOP – Die Kampagne für die Opfer rassistischer Polizeigewalt (Berlin) berät Betroffene und will das Thema Rassismus in der Polizei in die Öffentlichkeit bringen.

Am U-Bahnhof Parchimer Allee am 17. Februar 2010 sprechen Polizisten dem 21-jährigen F.M. einen Platzverweis aus. Laut ihren Angaben versucht er daraufhin zu flüchten, sei dabei auf einer Treppe gestürzt und habe sich verletzt. Die Beamten bringen ihn in den Streifenwagen. Allerdings fahren sie F. M. nicht auf eine Wache, sondern in die Nähe des Schönefelder Flughafens. Die völlig verschneite Straße ist für den Verkehr gesperrt – die Polizisten können davon ausgehen, dass ihrem Opfer niemand zu Hilfe kommen würde. Die Polizisten zerren F. M. aus dem Auto. Sie prügeln brutal auf ihn ein, zerreißen seinen Ausweis. Mitten im Winter lassen sie den Verletzten auf einer gesperrten Straße liegen. Zeug_innen beobachten jedoch den Vorfall und rufen die Brandenburger Polizei. Grund für die Kontrolle und den folgenden Übergriff ist eine unterstellte Herkunft des Opfers.¹

Dieser Fall zeigt, wie Polizist_in-

nen nicht nur ihre Funktion überreizen, sondern ihr Gewaltmonopol ausnutzen und als Täter_innen in Uniform Menschen misshandeln. Dabei nutzen sie die schwierige Situation von Menschen (vermeintlich) ausländischer Herkunft in der Gesellschaft aus.

Viele Opfer erstatten keine Anzeige. Oft haben sie Angst vor weiterer Diskriminierung oder gar Racheakten. Sehr häufig fehlen den Opfern (aussagebereite) Zeug_innen für eine Anzeige. Weiterhin drohen die Beamten den Betroffenen mit Gegenanzeigen und geben diese auch auf, meist wegen „Widerstandes“ gegen Vollstreckungsbeamten, sodass die Opfer zu Täter_innen umgedeutet werden. Zusätzlich stellt sich eine gewisse grausame „Normalität“ ein: Die Opfer empfinden rassistisch motivierte Behandlung als ungerecht, aber auch als üblich für deutsche Verhältnisse; manche Menschen resignieren.



25.05.2006 Berlin-Zehlendorf

Ein Neonazi, der an die Mauer eines Gartenlokals uriniert, wird von den Gästen aufgefordert, dies zu unterlassen. Auch als ihn der Besitzer des Lokals bittet, sich zu entfernen, folgt er der Bitte nicht, sondern beleidigt, unterstützt von seinen Freund_innen, ihn und die Gäste rassistisch. Einer Familie, die das Lokal fluchtartig verlassen will, wird von den Angreifern der Weg versperrt. Die inzwischen eingetroffene Polizei nimmt ausschließlich die Aussagen der Provokateure entgegen. Die Sichtweise der Geschädigten wird nicht zur Kenntnis genommen. Im Gegenteil: der Besitzer des Lokals wird von den Polizisten angegriffen. Erst nach einer Drohung, diesen Vorfall in die Presse zu bringen, lassen die Polizisten ihn los. Ein Angestellter des Lokals wird in Handschellen gelegt und dabei verletzt. Auch ihm und den Gästen wird keine Gelegenheit gegeben, den Sachverhalt zu schildern. *ReachOut*

Menschen ohne Papiere sind gewalttätigen Polizeibeamten völlig schutzlos ausgeliefert; würden sie die Täter_innen anzeigen, müssten sie fürchten, abgeschoben zu werden. Auch Flüchtlinge oder Geduldete, die als solche anerkannt sind, haben oft Angst, ihre Aufenthaltsgenehmigung entzogen zu bekommen, wenn sie sich offen gegen den Missbrauch der Staatsgewalt stellen. Gleichzeitig sind die Menschen verunsichert – viele haben rassistische Gewalt bereits erleben müssen. Im Falle von Polizeigewalt fehlt es an Ansprechpartner_innen und an Schutz für die Betroffenen. An die eigentlichen „Beschützer_innen“ können sie sich nicht wenden.

Viele Bedenken sind berechtigt: Nur eine sehr geringe Quote von angezeigten rassistischen Übergriffen durch Polizist_innen kommt überhaupt vor Gericht; viele Verfahren werden eingestellt. Wenn Beamten gegen ihre eigenen Kolleg_innen ermitteln, ist der Interessenkonflikt offensichtlich. Auch Verurteilungen sind selten, da Polizist_innen kaum gegeneinander aussagen. Im Juli letzten Jahres attestierte auch ein Richter Polizist_innen Korpsgeist.²

Die Beschuldigung, Widerstand geleistet zu haben, oder Polizist_innen gegenüber Gewalt angewendet zu haben, ist bei Polizeigewalt allgemein verbreitet. Die Gesellschaft und ihre Beamten kriminalisie-



22.04.2006 Berlin-Friedrichshain, S-Bahnhof Frankfurter Allee
Eine schwarze Frau wird gegen 0.00 Uhr von sechs Neonazis festgehalten und von den Angreifern mehrfach geschlagen und getreten. Dabei erleidet sie mehrere schwere Verletzungen, die im Krankenhaus behandelt werden müssen. Die gerufene Polizei schreibt eine Anzeige wegen Ruhestörung gegen die junge Frau, weil diese sich wohl zu laut über den Angriff aufgeregt hatte. Die Täter werden nicht gefasst. *Antifa Friedrichshain*



13.07.2006 Berlin-Friedrichshain
Gegen 10.30 Uhr wird ein Mann ghanaischer Herkunft in der Bänischstraße von zwei Männern angegriffen. Er wird mit Fäusten u.a. ins Auge geschlagen und auf dem Boden liegend weiter getreten. Ein Zeuge, der den Angriff aus dem Fenster seiner Wohnung mitbekommt, benachrichtigt die Polizei. Die Täter werden festgenommen. *ReachOut*

ren Menschen, die ausländischer Herkunft sind oder nach rassistischen Merkmalen als „nicht-deutsch“ eingeordnet werden, auch noch auf andere Weise. Dass es in Berlin und Brandenburg über Jahre hinweg immer wieder dazu kam, dass Polizist_innen beispielsweise Vietnames_innen misshandelten, liegt auch an den rassistischen Debatten, die in der Gesellschaft geführt werden. In diesem Fall prägen Medien und Politiker_innen seit langem das Bild der „vietnamesischen Zigarettenmafia“ und schüren in der Bevölkerung somit Angst und Abneigung gegen Menschen aus Vietnam³. Die Folge war nicht nur Gewalt, sondern systematische Verfolgung durch Polizist_innen, die damit endete, dass einige Betroffene in den 1990er Jahren geschlagen, gefoltert und vollkommen erniedrigt wurden. Einige Polizist_innen zwangen Vietnames_innen damals, sich nackt auszuziehen und Grimassen zu schneiden, damit sie „wie Chinesen“ aussehen sollten.⁴

Bei diesen Übergriffen handelt es sich nicht um „bedauerliche Einzelfälle“, wie es Verantwortliche gerne behaupten – falls sie überhaupt zugeben, dass Polizist_innen sich falsch verhalten haben. Das Gegenteil ist der Fall: In der Polizei ist Rassismus institutionalisiert. Schon die Kontrollen, die Polizist_innen durchführen, haben zur Grundlage das „racial profiling“ oder „ethnic profiling“, das es in Deutschland angeblich nicht gibt⁵. Menschen, denen eine ausländische Herkunft unterstellt wird, werden ständig kontrolliert, an Bahnhöfen, in Parks, auf der Straße. Neben dem Klischee des Zigarettenhändlers gibt es das Bild der Drogendealer oder das der Islamisten, unter dem Muslim_innen leiden. Die Kontrollen sind häufig nicht rechtmäßig und meist brutal. Die Polizist_innen wenden oft mehr Gewalt an, als ihnen rechtlich gesehen zusteht und als der Situation entsprechend notwendig wäre. Somit

existieren in der deutschen Polizei rassistische Strukturen, deren grausame Spitze rassistisch motivierte Misshandlungen sind – bis hin zu Morden.⁶

Wer rassistisch behandelt oder gar misshandelt wird, leidet unter einem weiteren Problem: Nicht immer ist die rassistische Motivation „beweisbar“. Zum Beispiel rief kürzlich ein Mann kubanischer Herkunft nach einem Autounfall, an dem er nicht schuld war, die Polizei. Jedoch bestritten die ankommenden Beamt_innen, dass es einen Schaden gebe. Sie weigerten sich, den Schaden zu begutachten und ihm eine Vorgangsnummer zu geben. Der Mann fühlte sich von ihnen schlecht und rassistisch behandelt. Als er deshalb eine Beschwerde an den Polizeipräsidenten richtete, wurde er wegen Beleidigung angezeigt. Inzwischen wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt sagte in der Verhandlung noch, besonders schlimm sei, dass

der Mann die Polizist_innen als *rassistisch* beleidigt habe, im Gegensatz zu möglichen anderen Beleidigungen. Wo er doch aus Kuba käme, also aus einer Diktatur, könne er doch nicht Beamt_innen einer Demokratie auf diese Weise beleidigen.

Die Berliner Kampagne für die Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) berät die Betroffenen und arbeitet daran, Unterstützung für die Menschen zu organisieren. Mit einem Rechtshilfefonds bekommen die Opfer Hilfe vor Gericht, wenn sie Anzeige erstatten, aber auch, wenn sie zu Täter_innen umgedeutet werden sollen und hierfür durch Gegenanzeigen kriminalisiert werden. Außerdem erstellt KOP eine Chronik der Übergriffe, die sie recherchiert, dokumentiert und analysiert.

Es gibt keine Lobby für Betroffene rassistischer Polizeigewalt, schon gar nicht, falls diese von den Polizist_innen erfolgreich kriminalisiert werden. KOP



25.05.2006 Berlin-Kreuzberg, U-Bahnhof Hallesches Tor
Ein 31-jähriger Mann libanesischer Herkunft wird aus einer Gruppe von neun Männern rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen. Die Täter werden kurzzeitig festgenommen.

versucht daher, das Thema Rassismus in der Polizei in die Öffentlichkeit zu tragen. Mit Flyern, Kundgebungen und Diskussionen wird dem Thema öffentlicher Raum geboten. Um die Opfer und die Kampagne zu unterstützen, sammelt KOP Gelder und organisiert Soli-Partys.

Das alles beschränkt sich auf den Raum Berlin. Um deutschlandweit eine Plattform zu schaffen, und Fälle von Polizeigewalt zu dokumentieren, unterstützt KOP die Seite www.polizei-gewalt.com. Medienartikel, Berichte von Zeug_innen, Opfern oder deren Berater_innen sollen auf dieser Seite gesammelt werden. Die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, die Position der Betroffenen zu stärken, sind die Ziele dieser Dokumentationsstelle. Die Betreiber_innen wollen außerdem die Verantwortlichkeit in der Polizei einfordern und die Systematik im Vorgehen von Polizei und Justiz offenlegen.

Kampagne für die Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)

Im Internet:

www.kop-berlin.de

www.polizei-gewalt.com

Fotograf: Jörg Möller

Berliner Tatorte – Eine Ausstellung von ReachOut, Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus
www.reachoutberlin.de

¹ Aus der Chronik von KOP Berlin, in: <http://kop-berlin.de/de/2010/02/17-februar-2010-f-m/>

² Vgl. Kopicz, Andreas, 2010: „Mörder“-Rufe und Pfeiferspray. In: <http://www.berlinonline.de/berlinerzeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0705/berlin/0032/index.html>, zuletzt aufgerufen am 8. März 2011.

³ Im Falle der Misshandlungsfälle, die in Berlin 1994 bekannt wurden, schreibt die taz: „Der [Berliner] Bündnisgrüne Ismail Kosan erklärte: ‚Innensenator Dieter Heckelmann (CDU) macht gegen Vietnamesen Stimmung, einige seiner Beamte verprügeln sie.‘“ (Win, 1994: „Mangelnde politische Sensibilität. In: die tageszeitung, 26. Juni 1994.

⁴ Wüllenweber, Walter, 1994: „Wir mussten ständig diese Grimassen schneiden“. Polizisten mißhandeln vietnamesische Zigarettenverkäufer – viele Opfer haben Angst und schweigen. In: Berliner Zeitung, 21. Juni 1994.

⁵ „Racial profiling“ beschreibt die Verdächtigung und Verfolgung von Menschen aufgrund herkunftsbasierter Personenprofile durch die Polizei. Es ist Ausgangspunkt für rassistische Demütigung, Schikane und Gewalt der Polizei gegenüber Menschen, die in das „Raster“ fallen. Die Profilmerekmale sind öffentlich nicht bekannt, lassen sich aber durch die Erzählungen der Betroffenen erahnen. (Dossier von KOP Berlin, in: <http://kop-berlin.de/de/2010/04/dossier-racial-profiling/>)

⁶ Etwa wurde am 28. Februar 2010 Slieman Hamade bei einem Polizeieinsatz in Berlin getötet. Hintergründe dazu unter www.kop-berlin.de/de/2011/02/5-marzdemo-gegen-polizeigewalt/

ORGANISCH GEWACHSENER BULLSHIT

Safet Babic, NPD-Stadtrat,
spricht neuerdings verstärkt von
„organisch gewachsenen Strukturen“,
die es zu bewahren gelte.
Was nach regionalen Wirtschaftskreis-
läufen oder Esoterik klingt, steht in
Wahrheit für die *same old soup*:
Faschismus, Rassismus und
Herrendenken.

von Fabian Jellonnek

Seinem Kandidaten für den Ortsvorsteherposten in Trier West waren sie einen ganzen Punkt im Wahlprogramm wert, für Safet Babic dürfen sie bei kaum einem Änderungsantrag im Stadtrat fehlen: Die „organisch gewachsenen Strukturen“. Welche Strukturen in Trier West er damit meint oder wie „organische“ Kulturleitlinien für Trier aussehen könnten, kann der NPD-Stadtrat freilich nicht konkretisieren. Babic schmeißt mit seinen Verweisen auf besonders plumpe Art Schlagwörter eines rechtsradikalen Diskurses auf konkrete Politikfelder. Ein Ding der Unmöglichkeit.

Die „organisch gewachsenen Strukturen“ sind Bestandteil eines Politikkonzepts des Nouvelle-Droite-Philosophen Alain de Benoist. Der Franzose entwarf die „Organische Demokratie“ um Ausgrenzung und unterschiedliche Wertigkeit von Menschen zu begründen, ohne dabei offensichtlich auf die Rassenbegrif-

fe des Nationalsozialismus zurückgreifen zu müssen. Die Betitelung als Demokratie-Konzept ist jedoch blanker Hohn.

Die „Organische Demokratie“ ist ein Denkansatz um Minderheiten auszugrenzen und beinhaltet ein Partizipationskonzept, das nur einen Steinwurf von diktatorischen Herrschaftsformen entfernt ist. Eine ideengeschichtliche Einordnung des Konzepts erklärt warum:

Alain de Benoists Konzept weist einerseits Parallelen zu Jean-Jaques Rousseaus Gesellschaftsvertrag auf und steht diesem andererseits diametral entgegen. Gemein ist beiden Ansätzen die Utopie eines gemeinsamen Willen Aller. Rousseaus berühmter „Volonté Générale“ findet in der „Organischen Demokratie“ seine Entsprechung im „Volkswillen“. Bei der näheren Bestimmung des Volkes, das seinen Willen äußert, verlässt die „Organische Demokratie“ das Fahrwasser ihres berühmten Vorbilds. Im Denken Rous-

NEUE RECHTE/ NOUVELLE DROITE/ NEW RIGHT

Neue Rechte ist eine Sammelbezeichnung für rechtsradikale Gruppierungen in Europa. Ihr Ziel ist die Erneuerung des völkischen Nationalismus ohne dabei auf den Nationalsozialismus zurückzugreifen. Die Neue Rechte ist nicht in einer Partei organisiert, sondern versucht über Diskurse und Debatten die Gesellschaft zu beeinflussen. Diese Strategie wird als Metapolitik bezeichnet. In Deutschland ist das „Institut für Staatspolitik“ die bedeutendste Gruppierung der Neuen Rechten. Die Münchner Zeitung „Junge Freiheit“ wird häufig als zentrales Organ der Neuen Rechten bezeichnet. Der tatsächliche Einfluss der Neuen Rechten auf Politik und Gesellschaft ist schwer einzuschätzen.

Hackergruppen haben erfolgreich NPD-Seiten geknackt und eine Liste mit Spendern der Neonazis im Internet veröffentlicht. Im Raum Trier konnte so ein Unternehmer aus einem Dorf bei Konz entlarvt werden. Auf Anfrage der Grenzwertig wollte sich der Betroffene nicht zu der Enthüllung äußern. Statt dessen gab er an, für beinahe sämtliche Parteien und soziale Zwecke auf Erden gespendet zu haben. Tatsächlich ist der Unternehmer eng mit dem bürgerlichen Lager verbunden. Zuletzt trat er bei einer Kommunalwahl in Konz auf dem FDP-Ticket an. Die Rheinland-Pfälzische FDP teilte auf *Grenzwertig*-Anfrage mit, dass der Herr inzwischen kein Parteimitglied mehr sei.

seaus ist der Mensch ein von Grund auf gutes Wesen, das durch die Gemeinschaft mit Anderen sein edles Gemüt verliert. Dementsprechend war sein „Volonté Générale“ ein Vertrag, der den Einzelnen vor der Herrschaft durch andere bewahren sollte. Gegenteilig sehen Alain de Benoist und Kameraden gerade in der Gemeinschaft ein Element, das den Menschen veredelt. Die „Organische Demokratie“ ist kein Schutz vor Herrschaft, sondern ein Schutz für die Herrschaft. Die Herrschaft der „völkischen Gemeinschaft“. Der Eintritt in diese Gemeinschaft ist nur über Abstammung und „völkisches Blut“ möglich. Das Volk wird kurzerhand unter Rückgriff auf biologistisches Vokabular zum „Organismus“ erklärt. Zur willensbildenden Gemeinschaft gehört man in der „Organischen Demokratie“ entweder von Geburt an oder gar nicht.

Bleibt die Frage, wer den Volkswillen erkennt und benennt. Während sich die Rousseau-Rezipienten darüber seit Jahr und Tag den Kopf zerbrechen, wissen die braunen Kameraden Bescheid: Der Stammhalter. Sein Samen hält den Organismus am Leben, er beschützt das vermeintlich „schwache Geschlecht“ und die Nachkommen. Die „Organische Demokratie“ ist eine exklusiv männliche Angelegenheit. Auch unter den Stammhaltern ist nicht jeder gleichberechtigt. Möglichkeiten der Teilhabe können durch heroische Taten ausgebaut werden: Beispielsweise durch kriegerische Verdienste oder Familiengründung. Der langjährige Nationalratsabgeordnete der FPÖ (Österreich) Otto Scrinzi ist Anhänger der „Organischen Demokratie“ und charakterisierte diese Möglichkeiten sein Stimmrecht auszubauen passenderweise als „Wähleraristokratie“. Umgekehrt kennt die „Organische Demokratie“ auch Möglichkeiten des Stimmrechtsentzugs bei „volksschädlichem Verhalten“.

Gerade das Thema der Stammhaltertschaft stellt Safet Babic, zumindest aktuell, vor große Probleme. Wie sehr ihn diese biographische Lücke plagt offenbaren seine Polemiken gegen Homosexualität. Die in dieser Denke wie ein Kompensationsakt, wie eine heroische Tat zum Ausgleich des selbst empfundenen Mangels, wirken müssen. Keine andere Gruppierung wird von Babic offensiver und andauernder diffamiert. Homose-

xualität setzt Babic gleich mit Dekadenz und „Untergang unserer Kultur“. Der Fahnenklau, sonst Beschäftigungstherapie im Pfadfinderlager, wird so, wenn es um Regenbogenflaggen geht, zu einem bitter-ernsten Akt der Bewahrung organisch gewachsener Strukturen.

Das Konzept der „Organischen Demokratie“ impliziert also die Möglichkeit Stimmrecht zu beschneiden beziehungsweise auszubauen. Was als „volksdienlich“ oder „volksschädlich“ definiert wird, liegt abermals in der Hand der männlichen Elite. Dadurch kann aus der selbsternannten Demokratieform problemlos der Diktatur Tür und Tor geöffnet werden. Die Organische Demokratie muss als Übergangsgesellschaft zum eigentlichen Ziel der Rechtsradikalen verstanden werden. Alain de Benoist entwarf die „Organische Demokratie“ als ein Bestandteil der „Metapolitik“. Unter diesem Namen fassen die Neue-Rechte-Bewegungen ihre Strategie im „Kulturkampf“ zusammen. Es geht nicht vordergründig darum, konkrete Politik zu gestalten oder Wahlen zu gewinnen. Die Neuen Rechten wollen Diskurse bestimmen und lenken, noch ehe sie in der Gesellschaft diskutiert werden. Bekanntestes Beispiel für eine gelungene Diskursunterwanderung der Neuen Rechten ist der Begriff des „Gutmenschen“. Eine Erfindung der Neuen Rechten, ausgearbeitet und über ihr weit verzweigtes Netzwerk in Medien und Politik hereingetragen. Dahinter steht der Versuch universalistisches und humanistisches Handeln zu diffamieren. Im Fall der „Organischen Demokratie“ gelingt dieses Durchsickern bislang nur in den immer wieder in Medien kolportierten Forderungen nach einem Familienwahlrecht.

Babic' Versuche die „organisch gewachsenen Strukturen“ an allen Ecken und Enden anzubringen wirken dagegen ungenau und tölpelhaft. Hat Babic die Strategie „Metapolitik“ also nicht verstanden? Eher unwahrscheinlich. Die NPD ist kein Akteur der Neuen Rechten und beschäftigt sich eher mit Wahlkämpfen als dem Kampf um die Definitionsmacht.

Der Rückgriff auf die Organische Demokratie durch den Trierer NPD-Stadtrat macht allerdings Sinn, wenn man ihn als interne Ansage versteht. Zu



Wandelt unter Blütenpracht: Safet Babic, Bewahrer organisch gewachsener Strukturen und NPD-Stadtrat
© privat

Beginn seiner Mitgliedschaft im Rat thematisierte Babic häufig seinen Migrationshintergrund und bezog sich ideologisch auf den Ethnopluralismus, der im Gegensatz zur Organischen Demokratie nicht biologistisch sondern kulturalistisch argumentiert. Eine Strategie, um die anderen Stadtratsfraktionen aufs Glatteis zu locken. Zudem der Versuch gemäßigt nach außen zu wirken. Tatsächlich ist Babic in Nidderau geboren und war bereits zu Schulzeiten fest in der rechtsradikalen Neonazi-Szene verankert, wie ehemalige Hanauer Mitschüler der Grenzwertig berichteten.

Seine aktuellen Verweise auf die „Organische Demokratie“ sind Ansagen an die eigenen Mitglieder: Seht her, ich bekenne mich zu biologistischen, völkischen Denkmustern. Babic klettert auf der ideologischen Kellertreppe ein Stockwerk tiefer. Kein Wunder, er braucht den Rückhalt seiner Partei um in Arbeit zu kommen. Andere Optionen hat er nicht.

Lesetipps:

Heribert Schiedel: *Rechtsextreme Diskurse gegen die Gleichheit*. Online abrufbar unter: <http://www.gbw-wien.at/documents/gbw-wien-hak06-referat-schiedel.pdf>

Harald Welzer: *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden*. Kapitel 2: Massenmord und Moral. Fischer-Verlag 2005

Klaus Theweleit: *Männerphantasien*. Piper-Verlag 2000

DIE URSACHEN DES UNGLÜCKS

Von Fabian
Jellonnek

Wilhelm Reinhardt überlebte den Holocaust. Ein Großteil seiner Familie nicht. Heute rasen Jugendliche an seiner Wohnung vorbei und brüllen „Zigeuner raus!“. Eine Geschichte vom Erinnern und Vergessen.

Wilhelm Reinhardt ist stocksauer. Vor einigen Tagen erreichte ihn ein Brief der Staatsanwaltschaft Trier. Das Verfahren gegen drei Männer und zwei Frauen, die am 6. April 2011 an der Wohnung seiner Familie vorbei rasten und rechtsradikale Parolen grölten, ist eingestellt worden. „Wegen Geringfügigkeit“ heißt es unter anderem in dem Schreiben der Staatsanwaltschaft.

Für Wilhelm Reinhardt klingt das nach blankem Hohn. „Ich hab das als Kind alles mitbekommen.“, sagt Reinhardt, Sohn einer Jüdin und eines Sinti. Zwei Jahre war er alt, als er seinen Vater das letzte Mal sah. Die Erinnerungen an den Vater sind schwach. Wilhelm Reinhardt nennt zwei Orte, die keine weiteren Erklärungen benötigen: „Erst Warschau, dann Auschwitz.“

Mehr Erinnerungen hat er an seinen Onkel, den jüngsten Bruder seines Vaters. Gemeinsam verbrachten sie die

Zeit des Naziterrors in christlichen Kinderheimen. Versteckt und getarnt. Die Mutter hatte Kontakte und gab die Kinder ab. Ihr jüngstes Kind war da gerade acht Tage alt. Die Heime lehnten sich für ihre Schützlinge weit aus dem Fenster. „Die Schwestern sagten uns: Seid ruhig, sonst kommt ihr weg.“. Das disziplinierte und wenn nicht, dann „waren wir blau vor Prügel“, erinnert sich Reinhardt. Sein Onkel fiel dennoch auf und in die Hände der Gestapo. Aus dem Heim heraus wurde er kurz vor Ende des Naziregimes nach Auschwitz deportiert. „Tanten, Onkels und Cousins“, die Biographien der kompletten Familie von Wilhelm Reinhardts Vater endeten in Auschwitz. Um Spuren ihrer Existenz zu beseitigen vernichteten die Nazis sämtliche Papiere und Unterlagen: „Als hätten wir nie gelebt.“

Wilhelm Reinhardt wischt mit dem Handrücken über den Brief der Staatsanwaltschaft: „Da ist keine Rede mehr von den Flaschen mit denen man nach uns geworfen hat.“ Tatsächlich fehlt jeder Hinweis auf diesen Angriff. „Obwohl die Polizei die Scherben noch am Abend fotografiert hat.“, ergänzt Reinhardt. Der Vorfall ging in Trier durch die Medien. Dabei handelt es sich nicht um einen Einzelfall. „Das passiert zwei bis dreimal im Jahr. Vor allem im Sommer.“ Aufgesprühte Hakenkreuze, Parolen, Böller – die Dummheit kennt viele Formen. „Irgendwann muss doch auch mal Schluss sein mit der Diskriminierung“, sagt Frau Reinhardt.

Als Schluss war mit dem NS-Regime verbrannte Wilhelm Reinhardt die Instrumente seines Vaters. „Er war ein begabter Musiker, einer von vielen in unserer Familiengeschichte.“ Den prominentesten Reinhardt kannte man weltweit unter dem Namen Django. Wilhelms Mutter, die das Naziregime in Gefangenschaft überlebte, sagte nach ihrer Rückkehr: „Vater kommt nicht mehr. Verbrenn' den ganzen Kram.“ Fünf Jahre hatte Wilhelm Reinhardt seine Mutter nicht gesehen. Kurze Zeit später starb auch sie. Der inzwischen pensionierte Metzger musste früh lernen, sich selbst zu helfen.

Selbsthilfe, darauf ist er nach wie vor angewiesen. Der 73-Jährige renovierte das Bad seiner Tochter unlängst alleine. Sämtliche Materialien musste er selbst bezahlen. Dabei überweist er der Stadt Trier jeden Monat Miete für die Familienbleibe.

„Man hat uns gesagt, die Stadt wird keinen Cent Geld mehr in unsere Wohnung stecken“, berichten die Reinhardts.

Der Grund: Ein Jahrzehnte alter Abrissbeschluss. Die benachbarte Papierfabrik wollte sich auf dem Grundstück der Wohnblöcke erweitern. Später stellte sich heraus, dass die Grundstücke zu einem Naturschutzgebiet gehören. Die Papierfabrik musste bleiben wo sie war. Die Häuser blieben auch und irrsinniger Weise auch der Abrissbeschluss; bis heute. Die Wohnungen sind in einem erbärmlichen Zustand. Außer den Reinhardts blieb nur eine weitere Sintifamilie im benachbarten Wohnblock. Aus den leerstehenden Wohnungen wachsen inzwischen kleine Bäume.

Die Papierfabrik ist mittlerweile pleite. Zuvor nutzten jahrelang die LKW's der Firma die Brücke über die Bahngleise. Die Brücke drohte mit ihrem Einsturz und die Stadt ließ sie Anfang des Jahres abreißen. Jetzt braucht man bis zur nächsten Bushaltestelle gut eine halbe Stunde zu Fuß. Es wirkt fast so, als hätte man die Bewohner der Wohnblöcke vergessen.

Die Geschichte von Wilhelm Reinhardt ist eine Geschichte vom Erinnern und Vergessen. Zur Erinnerung an die Verbrechen der Nazis gegen Sinti und Roma will die Stadt Trier noch in diesem Jahr ein Denkmal setzen. Eine Anfrage, ob die Stadt Trier offiziell Stellung bezieht zu dem Vorfall im April, blieb unbeantwortet. Auf ein Zeichen der Solidarität gegen aktuelle Diskriminierung warten die Reinhardts vergeblich.

„Ich mache mir Sorgen um meine Enkel, wenn wir hier mit Flaschen beworfen werden.“, sagt Wilhelm Reinhardt. Am Abend des Vorfalles war er derart in Rage, er sagte zu einem Polizisten: „Wenn das nicht endlich aufhört, helfen wir uns beim nächsten Mal selbst.“. Die Antwort des Polizisten: „Jetzt machen sie sich doch nicht unglücklich.“

Man kann dem Polizisten keinen Vorwurf daraus stricken. Willie, wie Freunde ihn nennen, ist nicht der Typ der Vorträge hält oder Bücher schreibt. Der Renter will bloß ein ganz normales Leben für sich und seine Familie. Seine Geschichte erzählt er jetzt, weil genau das nicht möglich scheint. Immernoch werden die Sintis diskriminiert. Wilhelm Reinhardt hat es satt.

DEUTSCHLAND DROHT ZUM ABSCHIED

Die Nordrhein-Westfälische Landesregierung schiebt an einem Tag über 100 Menschen nach Belgrad ab.

Aus Düsseldorf: Ben Rainer

Mitten zwischen Theken mit belgischen Edelpralinen, Krawattenboutiquen und Schmuckläden wird es am Düsseldorfer Flughafen laut: Über vierzig Aktivisten versammelten sich am Dienstag um 10 Uhr im Terminal des Airports. Teilnehmer der Protestaktion ist unter anderen der Linke Landtagsabgeordnete Ali Atalan. Er erklärt, worum es den Demonstranten geht: „Wir protestieren gegen die Sammelabschiebung der Roma aus Deutschland.“ Am Morgen soll eine Maschine Richtung Belgrad abheben. An Bord des Flugzeugs sitzt keiner freiwillig. Die Passagiere sind Flüchtlinge und ihre Familien, die überwiegend seit Jahren in Deutschland leben, sogar ihre Kinder in Nordrhein-Westfalen zur Welt brachten, arbeiteten und Familien gründeten. Über die Wintermonate verzichtete die rot-grüne Landesregierung auf Abschiebungen in die Balkanstaaten, jetzt Anfang April scheinen aus Sicht des Innenministeriums alle Hindernisse ausgeräumt. Das Wetter mag tatsächlich besser sein als im Januar, dennoch erwartet die Flüchtlinge in Serbien ein Leben in Perspektivlosigkeit. Iris Biesewinkel vom Verein Rom e.V. aus Köln benennt einige der Probleme, mit denen die Abgeschobenen konfrontiert sind: „Die meisten stehen erst mal auf der Straße. Es gibt keine Sozialhilfe, keinen Wohnraum, kaum eine Möglichkeit, Arbeit zu finden.“ Besonders dramatisch sieht sie die Situation der Jugendlichen: „Viele sind in Deutschland geboren, sprechen nur deutsch. Sie sind in Serbien praktisch wie auf einem fremden Planeten ausgesetzt.“

Über Megaphon klagt eine Aktivistin die Flughafengesellschaft und die Fluglinien an, diese müssten endlich aus dem „schmutzigen Geschäft mit Abschiebungen aussteigen.“ Später fällt in diesem Zusammenhang der Name der Fluggesellschaft Air-Berlin. Keiner der anwesenden Mitarbeiter der Airline im Terminal will gegenüber der

Grenzwertig Auskunft geben oder Stellung beziehen. Die Rednerin kritisiert auch das Vorgehen der Behörden, die „Abschiebungen so zu organisieren, dass keiner etwas davon mitbekommt.“

Als sich die Gruppe der Aktivisten kurze Zeit später aufmacht, um näher an den Ort des Geschehens zu kommen, wird klar, worüber sich die Demonstranten zuvor beklagten: Am hintersten Ende des Flughafens findet sich zwischen Nebengebäuden ein vergittertes und mit Stacheldraht besetztes Tor. Hier sollen die Menschen durchgeschleust werden, um zum Abschiebeflieger zu gelangen. Weitab von den Gates der Touristen und Geschäftsreisenden werden diese nichts von dem Geschehen mitbekommen. Der Umgangston der Polizei wird, je näher die Demonstranten an das Tor heranrücken, immer schroffer. Permanent filmen die Polizeibeamten mit Stabkameras die Veranstaltungsteilnehmer ab. Einem WDR-Hörfunkredakteur verweigern die Polizisten jede Auskunft, drohen zeitweise sogar mit Beschlagnahmung seiner Aufnahmegeräte. Der Landtagsabgeordnete Atalan zeigt kein Verständnis für das Vorgehen der Beamten: „Hier demonstrieren Menschenrechtsaktivisten. Mit denen kann man auch anders umgehen.“ Aber gleichzeitig betont er, dass die Polizei sich bei seiner spontanen Demoanmeldung kooperativ zeigt. Auflage ist allerdings, dass der Protest im Terminal fortgesetzt wird.

In der Abflughalle ist es unterdessen lebendiger geworden, zahlreiche Touristen und Geschäftsreisende verweilen im Terminal. Die meisten bleiben interessiert stehen, um den Grund der Demonstration zu erfahren. „Natürlich haben wir Verständnis für die Demo. Wir wollen auch, dass die Leute bleiben dürfen“, erzählen uns zwei Angestellte im Düsseldorfer Flughafen. Auch ein niederländischer Fluggast verfolgt das Geschehen interessiert: „Wir haben doch in Holland das gleiche Problem. Wir schieben die Roma auch einfach ab. Schlimm ist, dass es bei uns dann zwei Demos gibt: Zu den Abschiebungen kommen auch die Anhänger von Geert Wilders und beklatschen, was da passiert.“

Unterdessen werden die Betroffenen durch das vergitterte Tor zu dem Flugzeug gebracht, mit dessen Landung sich

Halt Flugbetrieb
Überschreiten der Absperrung
zieht strafrechtliche Verfolgung
wegen Transportgefährdung
nach sich!
Flughafen Düsseldorf GmbH

ihr Leben radikal verändern wird. An dem Tor hängt ein Schild, Aufschrift: „Überschreiten der Absperrung zieht strafrechtliche Konsequenzen wegen Transportgefährdung nach sich.“ Die Flüchtlinge werden es kaum wahrgenommen haben. Falls doch, dann ist der letzte Eindruck des Landes, in dem sie lange lebten, arbeiteten oder zur Schule gingen, Stacheldraht und die Androhung von Strafen. Ein Sinnbild für die Brutalität der Festung Europa.

PÜNKTTCHEN UND ABSCHIEBUNG

Abgeschoben in den Kosovo: Auch zehn Jahre später gibt es keinerlei Perspektive für Familie Ajvazi.

Aus Pristina: Fabian Jellonnek

Pristina feiert Europatag. Auf dem Platz neben dem Grand Hotel biegen sich weiße Pavillons im Wind. In jedem Pavillion präsentiert sich ein anderes EU-Land. Zwischen den Infoständen geht es zu wie im Bienenstock. Aus den Boxen dröhnt ohrenbetäubend laute Popmusik. Unterbrochen wird sie von Kindern, die sich als Botschafter Irlands oder Spaniens ausgeben und versprechen, sich als solche für Frieden und Gleichheit unter den Menschen einzusetzen.

Die kosovarische Europaeuphorie wirkt surreal, denkt man an finnische Wahlergebnisse oder französische Umfragen. Am deutschen Pavillon entschuldigt sich ein Botschaftsangestellter für den karg bestückten Infotisch. Die deutschen Prospekte sind gefragt und innerhalb kürzester Zeit vergriffen. Neben einigen Restexemplaren gibt es nur noch die Mitmachaktion: „Haben Sie auch schon mal in Deutschland gelebt? Das ist schön. Nehmen Sie doch hier einen Klebepunkt und setzen Sie den auf die Deutschlandkarte dort, wo sie gelebt haben.“

Naman Ajvazi klebt einen gelben Punkt auf Kassel. Acht Jahre hat er dort mit seiner Familie gelebt. Er ist nicht freiwillig gegangen. Vor zehn Jahren kamen um vier Uhr nachts 20 Polizisten. Man gab der sechsköpfigen Familie zwei Minuten Zeit. Gesicht waschen, Toilettengang in Polizeibegleitung. „Als wären wir Terroristen“, erinnert sich Ajvazi.

Zwei Tage später treffe ich Ajvazi auf einen Kaffee. Er hat seine 19-jährige Tochter Arbresha mitgebracht. Sie spricht beinahe perfektes Deutsch. Sie ist in der Schweiz geboren, ihre drei jüngeren Geschwister in Deutschland. Arbresha hat in Kassel die dritte Klasse der Regenbogenschule besucht. Im Kosovo musste sie zurück in die erste, weil „ich kein einziges Wort Albanisch konnte.“ Bis zur fünften Klasse gab es im

Kosovo die Prügelstrafe – „zum Beispiel wenn man sein Schulbuch vergessen hatte.“ Die Familie Ajvazi hatte kein Geld, um Schulbücher zu kaufen. „Ich hatte sehr oft geschwollene Hände, wenn ich von der Schule kam.“, erzählt Arbresha.

Heute sieht die junge Frau für sich keinerlei Perspektive. Sie ist arbeitslos. So ergeht es nach Schätzungen sechzig Prozent der 16- bis 24-jährigen Kosovaren. Von legaler Beschäftigung wagt hier kaum einer zu träumen. Chancen gibt es allenfalls im gigantischen informellen Sektor. Dort sind Arbeitnehmerrechte Fehlanzeige: Wer dem Boss Probleme macht, der fliegt. „Als junge Frau kommst du an viele dieser Jobs nur, wenn du mit dem Chef ausgehst“, sagt Arbresha. Auch Naman hat keinen festen Job. Arbeitslosengeld gibt es im Kosovo nicht. Die Großfamilie lebt seit zehn Jahren in einer Zweizimmerwohnung. „Gott sei Dank haben wir zu essen und zu trinken“, hin und wieder ergibt sich für ein Familienmitglied die Gelegenheit, ein paar Euros zu verdienen.

Arbreshas Mutter hat Schwierigkeiten beim Laufen. Die Schmerzen hatte sie schon in Deutschland und sollte operiert werden. Nach der Abschiebung war das kein Thema mehr. Die Gesundheitsversorgung ist schlecht, Ärzte verlangen für jede Behandlung Cash. Geld, das die Ajvazis nicht haben. Mit diesem Problem steht die Familie nicht allein: Anfang des Jahres sorgte der Fall Borka T. für Aufsehen. Die Frau starb nach ihrer Abschiebung aus Rheinland-Pfalz in den Kosovo. Der Grund: Eine dringende Operation konnte im Kosovo nicht durchgeführt werden.

Montags, nach Ende des Europafestes, sind die Pavillons abgebaut. Auf dem Platz zurück bleiben Pappkartons, Budapest-Stadtpläne, Filzstifte und bergeweise geplatze blaue und gelbe Ballons. Als ich ein Foto vom Überbleibsel der Feier machen will, kommt ein junger, freundlicher Mann auf mich zu. Er bittet mich, kein Foto zu machen. „Ich will den Müll hier nicht zurücklassen, der kommt weg.“ Er stellt sich als Unternehmer vor, gibt an, für die Europäische Kommission an der Organisation des Europatags mitzuarbeiten. Er verspricht, in einer Stunde sei der Platz wieder sauber. Dann entschuldigt er sich: „Ich muss jetzt jemanden organisieren, der hier aufräumt.“

Möglicherweise wird es jemand sein, der schon ganz andere Erfahrungen mit Europa gemacht hat. Möglicherweise wird es jemand sein, der ebenfalls einen Punkt auf die Deutschlandkarte setzen könnte – dorthin, von wo er abgeschoben wurde.

ANZEIGE



PROJEKT RÜCKKEHRBERATUNG: DIAKONIE TRIER VERWEIGERT DIE AUSKUNFT

Von Fabian
Jellonnek
und Markus
Pflüger (AGF)

Trier / Mitrovica. Über 4000 Kilometer legte *Grenzwertig*-Reporter Fabian Jellonnek zurück, um das Projekt „Rückkehrberatung“ in Mitrovica zu besuchen. Das Projekt wird vom Land Rheinland-Pfalz finanziert und von der Trierer Diakonie durchgeführt. Neben Mitarbeitern in Rheinland-Pfalz unterhält man ein Büro im kosovarischen Mitrovica. Informationen über die Arbeit und Fortschritte des Projekts waren bisher nur auf Trierer Pressekonferenzen zu bekommen.

Die Zeitschrift *Grenzwertig* scheute nun weder Kosten noch Mühen, um eine Reportage über die Arbeit der Diakonie im Kosovo zu schreiben. Vergeblich, wie sich zeigte: „Zwar gab man mir aus Trier vorab Meldung, dass ein Termin schwer zu ermöglichen sei, aber dass man mich vor der Bürotür in Mitrovica derart abspeist, hatte ich nicht erwartet.“, erklärt Jellonnek: „Der Chef sei nicht da, wo er ist und wann er wieder kommt, wollte

niemand wissen. Mehr Infos wurden mir nicht gegeben.“ Auch die vor Ort hinterlassenen Kontaktdaten mit der Bitte um Rückruf blieben ungenutzt. „Ich kann verstehen, dass man nicht ad hoc einen Termin bekommt. Aber ein Rundgang über das Projektgelände während meines Aufenthalts im Kosovo hätte möglich sein müssen. Alles weitere hätte ich auch per Mail oder Telefon klären können.“

Eine Trierer Organisation, die das Projekt seit Jahren kritisch hinterfragt, ist die Arbeitsgemeinschaft Frieden. Markus Pflüger erklärt warum: „Die Rückkehrberatung der Diakonie ist eine Steilvorlage für behördliche Abschiebungen in Armut und Perspektivlosigkeit vor allem in den Kosovo. Inzwischen dient das Projekt der Diakonie sogar als Begründung für Abschiebungen.“

Die AGF setzt sich für ein humanes Asylrecht ein, daher fordert sie: Rot-Grün sollte sich für ein Bleiberecht für

die Flüchtlinge aus dem Kosovo einsetzen. Die Rückkehrberatung ist nach humanitären Maßstäben unzulässig, denn sie baut auf der staatlichen Abschiebepolitik auf und forciert sie. Wenn Projekte der falschen Sache dienen, müssen sie kritisch hinterfragt werden. Rückkehrförderung ist keine Alternative zu einem fairen Asylverfahren.“

„Die Diakonie beteiligt sich an einer kritikwürdigen Arbeitsteilung: der Staat setzt die Flüchtlinge unter Druck und bedroht sie mit Nacht- und Nebelabschiebungen, die Diakonie rät zu freiwilligen Rückkehr bzw. unterstützt Behörden diese durchzuführen. Eine freiwillige Rückkehr setzt eine Wahl voraus, die die Flüchtlinge aber nicht haben. So wird dieses Projekt der Diakonie zum verlängerten Arm der Abschiebebehörden. Wir fordern ein Ende der Rückkehrberatung und stattdessen ein Ausbau der Arbeit wie sie ökumenischen Beratungsstellen für Flüchtlinge leisten sowie den Einsatz für Bleiberechtsregelungen,“ so die AG Frieden.

Das Projekt widerspricht zudem dem bisherigen Verständnis von Flüchtlingsarbeit. Statt ergebnisoffen zu beraten wird Rückkehr favorisiert, satt bedürfnisorientiert für Flüchtlingsrechte einzustehen, wird den Behörden die Abschiebung „light“ durch dieses Projekt erst mög-

lich gemacht. Die Erfolgspremien von 150,- € Kopfpauschale die die Diakonie für erfolgreiche Rückführungen erhält, zeigt, dass dieses Diakoniprojekt weder humanitären Maßstäben noch dem Leit-

bild der Diakonie oder den Werten der evangelischen Kirche entspricht .
Zwei wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass eine wirklich „freiwillige“ Rückkehr die Verhältnisse in vielen Herkunftsstaaten nicht zulassen: „Animiert von staatlicher Seite und dem Fluss europäischer Geldströme folgend haben Wohlfahrtsverbände und Kirchen (wie die Diakonie Trier) in den letzten Jahren Stellen geschaffen und Geld mit Rückkehrprogramme und -beratungsstellen verdient. Doch deren Arbeit vermag nur in sehr geringem Maße Existenz und Perspektiven von Rückkehrern zusichern - trotz allen guten Willens der Verbände und der Beratungsstellen“, so die Studie. Darin heißt es auch, dass die Überbrückungshilfe kaum das Überleben in den ersten Wochen sichern kann und für die Meisten eine Brücke ins nirgendwo darstellt. Anhand zahlreicher Einzelfälle zeigt die Studie, dass mit dieser Form der Rückkehrförderung die Existenzsicherung im durch Perspektiv- und Arbeitslosigkeit geprägten Kosovo also nicht zu bewerkstelligen ist. Fazit der Studie: „Ineffiziente Rückkehrhilfen können Existenz nicht sichern.“

Folgendes Zitat beim Erfahrungsaustausch im Rahmen der Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes von Staatssekretär Muth verdeutlicht die Problematik, er sagte: „Also ein richtiger Keil, der in die humanitäre Lage eingeschlagen ist, dass auf einmal die Evangelische Kirche sagt, ja wir begrüßen die Rückführungsbemühungen.“ Die Notwendigkeit des Zusammenspiels von Rückführung und Abschiebung machte Herr Martini-Emden von der Trierer Ausländerbehörde klar: „Ohne Druckpotential gibt es auch keine Freiwilligkeit.“ (30./31.3.2006 im Bundesministerium des Innern in Berlin, zitiert

nach Asyl in Rheinland-Pfalz. Infodienst des Arbeitskreises Asyl RLP, Ausgabe Nr. 72, Mai 2007, S. 7.)

Die AG Frieden und das Multikulturelle Zentrum beschäftigten sich ebenso

Keine Auskunft
unter dieser
Adresse: Das
Diakonie
Training Center
in Mitrovica
© Fabian
Jellonnek



lich gemacht. Die Erfolgspremien von 150,- € Kopfpauschale die die Diakonie für erfolgreiche Rückführungen erhält, zeigt, dass dieses Diakoniprojekt weder humanitären Maßstäben noch dem Leit-

wie der Ak Asyl Rheinland-Pfalz seit Jahren intensiv und kritisch mit Rückkehrprojekten wie dem der Diakonie. Andere Beratungsstellen bieten Rückkehrberatung als eine unter mehreren Möglichkeiten schon immer an – wenn dies von Flüchtlingen ausdrücklich gewünscht wird und nicht weil Abschiebevorgaben vom Land erfüllt werden sollen.

Weitere Informationen/Quellen

Presseerklärung von Pro Asyl:

http://www.proasyl.de/de/themen/downloads/presseerklarungen/presse-detail/news/studie_zur_freiwilligen_rueckkehr_in_den_kosovo

Dissertation "Flüchtlinge in Deutschland: Eine psychologische Analyse der Freiwilligen Rückkehr" von Ulrike von Lersner, (2008)

Download: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-opus-65650>

Brief des Ak Asyl RLP an Herrn Baumgarten: http://www.auslaenderpfarramt.de/fileadmin/akasyl/infodienste/Infodienst_72_Ausgabe_72-2.pdf

Studie "Angeordnete Freiwilligkeit - Zur Beratung und Förderung freiwilliger und angeordneter Rückkehr durch Nichtregierungsorganisationen in Deutschland" von Stephan Dünwald, (2008), Hrsg. Förderverein PRO ASYL e.V. Für 5 Euro unter www.proasyl.de oder per mail proasyl@proasyl.de zu bestellen.

Die *Grenzwertig* wird weiterhin über das Thema berichten. Aus zeitlichen Gründen war es uns nicht möglich Einzelfälle zu recherchieren. In der nächsten Ausgabe der *Grenzwertig* werden diese folgen.

ANZEIGE



ADRESSE & TELEFON:

Maximinstraße 17 - 54292 Trier - 0651/27298

ÖFFNUNGSZEITEN:

Montag bis Donnerstag von 18.00 bis ca. 00.00*

Freitag von 18.00 bis ca. 01.00*

Samstag von 19.00 bis ca. 01.00 *

Sonntag Ruhetag

an Feiertagen geöffnet von 19.00 bis 00.00*, wenn nicht anders angekündigt

*) je nach Betrieb auch länger

Unsere Küche ist Mo - Sa bis 23.30 Uhr geöffnet

Aufruf

Weg mit dem Abschiebeknast! – Demo und Festival am 3.9.2011 in Ingelheim

Wir, das Aktionsbündnis „Abschiebehaft abschaffen!“ rufen auf zu einer Demonstration gegen das Abschiebegefängnis in Ingelheim am Samstag, den 3. September 2011 und im Abschluss daran zu einem antirassistischen Festival vor den Mauern des Knastes.

„Integration“ – In Beton gegossen

Seit 2001 existiert der Ingelheimer Abschiebeknast, in dem Flüchtlinge eingesperrt werden, die abgeschoben werden sollen, um zu verhindern, dass sie untertauchen und um sie psychisch zu zermürben. Erfolgt eine Abschiebung nicht direkt, etwa weil wichtige Papiere fehlen – werden die Flüchtlinge in solchen Anstalten bis zu 18 Monaten inhaftiert.

Beim Ingelheimer Abschiebegefängnis handelt es sich um einen Hochsicherheitstrakt. Das heißt, die Gefangenen werden wie Schwerekriminelle behandelt. Dadurch soll nach außen der Eindruck vermittelt werden, diese Menschen seien gefährlich. Den Gefangenen gegenüber dient die Abschiebehaft der Repression und Abschreckung. Die Inhaftierten sind in kleinen Zellen untergebracht und haben am Tag nur eine Stunde lang die Möglichkeit, sich im Innenhof des Gefängnisses aufzuhalten. Viele erkranken an den Folgen der Inhaftierung und werden so nach der Verfolgung im Herkunftsland ein zweites Mal terrorisiert. In Abschiebegefängnissen gibt es praktisch monatlich bundesweit zahlreiche Suizidversuche und Suizide!

Die Abschiebung ist das repressivste Instrument gegen Flüchtlinge und andere Migrant/innen. Sie soll Menschen, die auf einer gefährlichen Flucht ihr Leben riskierten, um hier Schutz oder schlicht ein besseres Leben zu finden, zeigen: „Ihr seid hier nicht erwünscht“. Angst prägt ihr ganzes Leben in der BRD, Angst vor rassistischer Behördenpraxis, Angst vor Verfolgung und Inhaftierung, Angst vor der Abschiebung in das Land aus dem sie geflohen sind und der ungewissen Zukunft, die sie dort erwarten wird.

Abschiebehaft abschaffen!

Die staatliche Bekämpfung hilfeschender Menschen, die mit den Abschiebeknasten ihre stärkste Ausprägung findet, muss ein Ende haben! Schluss mit dem Rassismus!

Wir fordern die ersatzlose Schließung des Abschiebegefängnisses. Die Inhaftierten sollen freigelassen werden! Sie sollen ein Leben in Würde und Freiheit führen können und auf keinen Fall in einer JVA oder einem anderen Gefängnis eingesperrt werden!

Mit der Schließung des Trierer „Ausreisezentrums“ (einer Abschiebeeinrichtung für Flüchtlinge, deren Identität als ungeklärt gilt), ist ein erster wichtiger Schritt getan. Als nächstes muss der Abschiebeknast fallen. Wir rufen euch daher alle dazu auf, unser

Anliegen tatkräftig zu unterstützen und euch am 3. September an unserer Demo gegen den Knast zu beteiligen.

Wir setzen uns ein für eine solidarische Gesellschaft, in der Platz ist für alle Menschen. Globale Bewegungsfreiheit, ein selbstbestimmtes Leben, freie Teilhabe an allen Lebensbereichen und gleiche Rechte für alle sind unsere Perspektive!

Antirassistisches Festival vor den Mauern des Abschiebeknastes

Im Anschluss an die Demo findet ein Festival mit dem Musiker und Aktivist Heinz Ratz und zahlreichen anderen Künstlerinnen und Künstlern in Ingelheim statt. Auch dazu möchten wir euch herzlich einladen. Heinz Ratz hat sich bei seinen Touren immer wieder für die Rechte von Flüchtlingen eingesetzt und vor Knästen und Flüchtlingslagern gegen ihre Ausgrenzung gespielt.

Lasst uns auch der neuen Landesregierung zeigen, dass wir die Menschen im Knast nicht allein lassen und uns für ihre Freiheit einsetzen! Lasst uns unsere Solidarität mit ihnen zeigen! Je mehr Leute zur Demo kommen, desto besser.

ANZEIGE



BUCHKRITIKEN

Der Kommandant

— Ein Verbrecher gibt Auskunft —

Das Aschemehl der verbrannten Körper wurde auf Lastwagen verladen und zur Weichsel transportiert; dort wurde es in den Fluss geschaufelt und verschwand. Nüchtern berichtet der Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß vom Vorgang der Vernichtung der Juden. Zu finden sind diese Beschreibungen in dem von Jürg Amann edierten Buch *Der Kommandant*. Es sind die umfangreichen (biographischen) Aufzeichnungen, die Höß in der Zeit seiner Gefangenschaft zu Papier brachte. Amann hat sie, so vermerkt er in der editorischen Notiz „auf ihre Essenz hin zugespitzt“. Das Buch umfasst sechzehn Abschnitte; mit dem Schwerpunkt der Zeit in Auschwitz.

Aufgewachsen in einem tiefreligiösen Elternhaus, bricht er mit diesen Vorstellungen und widersetzt sich dem Wunsch der Eltern, Priester zu werden; tritt in den Soldatenstand ein und kämpft im 1. Weltkrieg. Über einen sechsjährigen Aufenthalt im Zuchthaus und seiner Zeit bei den Artamanen, einer deutschnationalen Jugendorganisation, gelangt er schließlich als Rekrut nach Dachau und als Adjutant nach Sachsenhausen, um dann im 8. Kapitel des Buches Kommandant von Auschwitz zu werden. Neben der Beschreibung der Ziel- und Umsetzung der Ausrottung der Juden, aber auch der Sinti und Roma, schildert Höß auch das „Blumenparadies“ seiner Frau. Rational, emotionslos führt er die Vorgänge auf: von der Selektion bis zur Vergasung; er nennt die Kapazität der Krematorien, gibt die Zeit an, in der die Menschen ihren Todeskampf führten und wie lange es dauerte, um die Körper zu verbrennen. In metaphorischen Abschweifungen setzt Höß das Blühen der Apfelbäume und die Tötung der Juden in einen Kreislauf von „Werden und Vergehen“. Eine Perversion, die jeder Kommentierung den Mund verbietet.

Nach eigener Aussage missbilligte Höß die ‚vereinzelten‘ Gräueltaten, die in Auschwitz begangen wurden, bspw. Misshandlungen der Häftlinge durch Wärter; nicht jedoch die durchorganisierte Tötung der Juden durch Zyklon B. Am Glauben, dass die Juden die Feinde des deutschen Volkes sind, hält der Kommandant bis zuletzt fest. Er lehnte die Vernichtung im Nachhinein ab - jedoch nur in der Überzeugung, dass Deutschland damit den Hass der Welt auf sich gezogen hat und das „Judentum [in folge dessen] seinem Endziel viel näher gekommen“ ist. Er stirbt als überzeugter Nationalsozialist, der keine Schuld empfindet und für den jeder erhaltene Befehl heilig und das Wort des Führers immer richtig war. Höß verabschiedet sich im Buch mit den furchteinflößenden Worten: „dass er auch ein Herz hatte, dass er nicht schlecht war.“

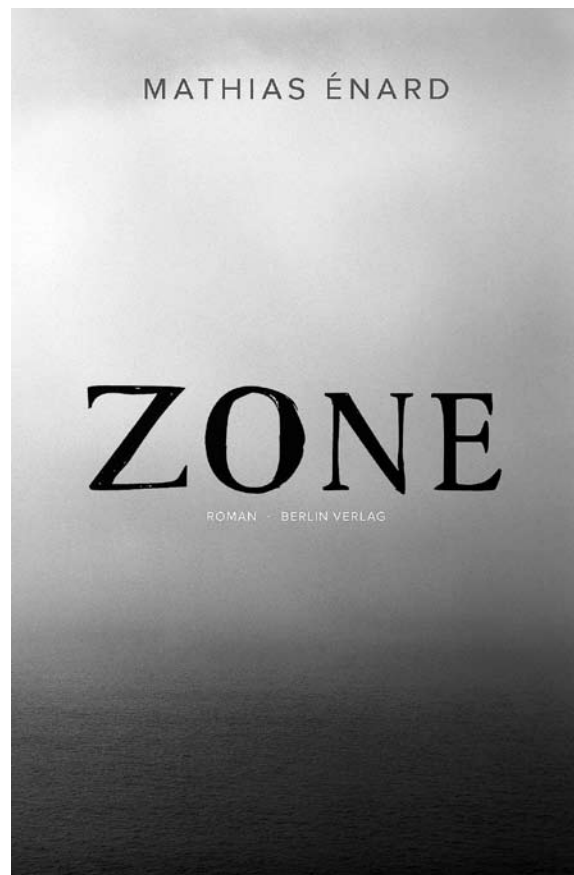


Eine Bewertung des Buches im klassischen Sinne kann nicht vorgenommen werden. Es ist nicht Literatur oder eine wissenschaftliche Abhandlung. Man könnte nur die Auswahl kritisieren, die Amann vorgenommen hatte; jedoch kann dies nur geschehen in Kenntnis der gesamten Aufzeichnungen Höß'. Nur dann ließe sich entscheiden, ob die Auswahl, die Amann getroffen hatte, klug und richtig war. Nur soviel: Das Buch liefert einen kurzen, aber wichtigen Einblick in das Denken des Kommandanten von Auschwitz und in die Vernichtungsmaschinerie der Nazis.

Im Flusslauf der Weichsel sind zigtausende Menschen verborgen. Wenn man heute am Ufer steht, um das Grün zu betrachten, sollte man dies nicht vergessen und alles Menschenmögliche tun, damit es nicht ein weiteres Mal geschehen kann; damit selbst die kleinstmögliche Entstehung rechten Gedankenguts verhindert wird. Dies ist kein Buch für den Nachtschicht; jedoch eins, dass man gut sichtbar im Bücherregal platzieren sollte. (sh)

Der Kommandant
Verlag: Arche Verlag
Erscheinungsjahr: 2011
Seitenzahl: 108
ISBN: 9783716026397

Mathias Énard beschreibt die Anatomie eines menschengeschaffenen Monsters namens Mittelmeerraum mit einem monströsen Satz.



Der Historiker Reinhart Koselleck stellte einst die Theorie auf, dass jeder Raum gleich dreimal existiere, einmal als natürlicher Raum, dann als gemachter Raum und schließlich als gedachter Raum.

Der Schriftsteller Mathias Énard schickt nun seinen Romanhelden, den franko-kroatischen Faschisten Francis Mirkovic auf die drogenbetäubte Zugreise von Mailand nach Rom. Mirkovic reist allerdings unter falschem Namen mit geliehener Identität als Yvan Deroy, weil der Faschist seine Vergangenheit ein für alle Mal hinter sich lassen will. Der Leser begleitet Mirkovic auf seiner Zugreise und verlässt dabei schnell die natürliche Umgebung von Sitznachbarn, Gepäckfächern und Eisenbahnschienen: Es geht tief rein in den gemachten Raum rund ums Mittelmeer. Gemacht deshalb, weil in Mathias Énarods *Zone* die Geschichte frei nach einem Fehlfarben-Klassiker aus den 80ern gemacht wird. Gemacht von üblen Gestalten, die nach Lust und Laune vergewaltigen, aus ästhetischem Interesse Pferde enthaupten oder sich zum Geburtstag mit hunderten von Augenpaaren im Einmachglas beschenken lassen. Klingt ausgedacht? Das Gegenteil ist der Fall. Mathias Énarods Roman ist in Wahrheit ein Geschichtsbuch. Der Autor traf sich für seine Recherchen mit Kriegsverbrechern, Massen-

mördern und wälzte Dokumente und Bibliotheken. Herausgekommen ist eine ganz neue Sicht auf die Geschichte. Statt demokratischer Errungenschaften, kultureller Leistungen oder bahnbrechender Erfindungen stellt Énard tiefste menschliche Abgründe und Gräueltaten in den Mittelpunkt seiner Geschichtsschreibung. Der Autor interessiert sich zwar neben Kriegsverbrechern und Vergewaltigern auch für Ikonen der Kulturgeschichte wie Joyce oder Caravaggio, allerdings nur für deren dunkle Seiten.

Der Roman *Zone* denkt neu und anders nach über den Mittelmeerraum. Der Ansatz macht das Buch dabei so wertvoll. Zeigt es doch eindringlich, was wir bei unserer Geschichtsschreibung gerne rausstreichen und unter den Tisch fallen lassen. Klar wird, die Art und Weise wie wir über unsere Geschichte denken ist letztlich auch nur gemacht, um gut dabei wegzukommen.

Sprachlich ist diese mythologische Geschichtsschreibung ebenso wertvoll. Énard bringt das Kunststück fertig, seine 608 Seiten durch einen einzigen Satz zu füllen. Er springt wie ein Floh durch die Ereignisse und Jahrhunderte von Protagonist zu Protagonist und immer wieder zurück in Markovic' Regionalzug.

Mathias Énard beschreibt die Anatomie eines Monsters, über Jahrhunderte von Menschen geschaffen, das Ganze in einem monströsen, nie endenden Satz. Die Einheit von Inhalt und Form gelingt in *Zone* par excellence. Das beschriebene Monster wird selbst zu Einem. Unsere Empfehlung: Bändigen Sie es, unbedingt! (fj)

Mathias Enard
Zone
Berlin Verlag, Berlin 2010
ISBN-10 3827008867 | ISBN-13 9783827008862
ISBN: 978-3-0369-5554-4
Gebunden, 608 Seiten, 28,00 EUR



Manifest der Vielen

Im Februar dieses Jahres erschien ein Sammelwerk, welches von der Herausgeberin Hilal Sezgin als „Gegengift und Pflichtlektüre“ anlässlich der Sarrazin-Debatte bezeichnet wurde.

In *Manifest der Vielen - Deutschland erfindet sich neu* schreiben 30 Autorinnen und Autoren mit migrantischem und muslimischem Kontext über ihr Leben in Deutschland, über Identitätsfindung und Fremdheitsgefühle, über ihr Muslim-Sein oder Nicht-Muslim-Sein, über Zuschreibungen, Vorurteile und Medieninszenierungen innerhalb der Debatte um die „integrationsunwilligen Muslime“. Unter ihnen bekannte Namen wie Feridun Zaimoglu, Navid Kermani und Ilija Trojanow.

So vielfältig wie die Autorinnen und Autoren fallen auch ihre Beiträge aus. Von kritischen, wissenschaftlich fundierten Analysen bis zu persönlichen Geschichten oder Essays - jede und jeder gibt eine ganz eigene Antwort auf die derzeit geführte „Integrationsdebatte“.

Dabei ist nicht jeder Beitrag innovativ und gelungen, aber als Gesamtwerk stellt das *Manifest der Vielen* einen wichtigen Gegenpol zur oftmals rassistisch geführten Diskussion dar. Denn der Titel ist Programm. Die He-

terogenität der Texte zeigt, dass hier Individuen schreiben und nicht Menschen einer bestimmten Religionszugehörigkeit. Nicht nur die einzelnen Beiträge, auch das gesamte Werk gibt Antwort auf Generalisierungen und Ausgrenzungstendenzen. Dieses *Manifest* ist ohne Zweifel eine der besten Entgegnungen auf die populistischen Äußerungen von Sarrazin und Co. (cj)

Mit einem Vorwort von Christoph Peters und Beiträgen von:
Feridun Zaimoglu, Deniz Utlü, Ilija Trojanow, Riem Spielhaus, Ali Sirin, Hilal Sezgin, Ekrem Senol, Aylin Selcuk, Jasmin Ramadan, Aiman Mazyek, Fereshta Ludin, Ali Kizilkaya, Mely Kiyak, Navid Kermani, Yasemin Karasoglu, Lamyä Kaddor, Miyesser Ildem, Abdul Hadi Hoffmann, Kübra Gümüşay, Naika Foroutan, Ferdos Forudastan, Pegah Ferydoni, Sineb El Masrar, Neco Celik, Gabriele Boos-Niazy, Imran Ayata, Katajun Amirpur, Bekir Alboga, Hatice Akyün.

Manifest der Vielen
von Hilal Sezgin (Hg.)
Verlag: Blumenbar
232 Seiten
Klappenbroschur
ISBN: 3936738742
12,90 €

FILMKRITIK

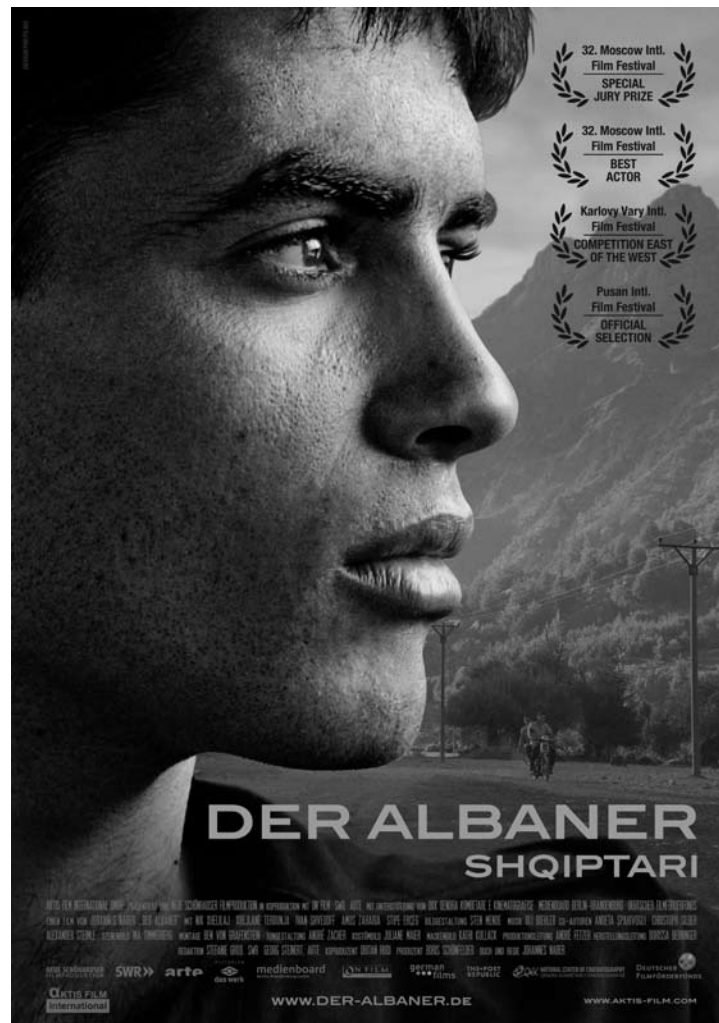
Der Albaner

Arben, der älteste Sohn einer Familie aus einem albanischen Dorf, verdient sein Geld als Hilfsarbeiter in Griechenland. Seine heimliche Liebe Etleva, die Tochter eines Nachbarn, teilt ihm mit, dass sie ein Kind von ihm erwartet. Arben will sie heiraten, doch Etlevas verschuldeter Vater verlangt eine Mitgift von 10.000 Euro. Um das Geld zu besorgen und so seiner Freundin das Schicksal eines unehelichen Kindes in einer sehr ländlichen und traditionell patriarchalen Umgebung zu ersparen, entschließt sich Arben, illegal nach Deutschland zu reisen und dort Arbeit zu finden.

Der Film gibt einen Einblick in das Leben von Migranten, die in Deutschland in der Illegalität leben müssen. So muss Arben anfangs einen Putzjob für 3 Euro erledigen, bei dem er der Willkür seines Arbeitgebers ausgeliefert ist. Übernachten muss er in einer verlassenen Lagerhalle. Die harten Bedingungen, unter denen er in Deutschland leben muss und das Versprechen, das Geld für die Hochzeit zu besorgen, verändern Arben. Die Diskrepanz zwischen den Ansprüchen aus seiner Heimat und den Realitäten als Arbeitsmigrant in Deutschland lassen ihn im Lauf des Films immer skrupelloser agieren. Diese Charakterentwicklung, den Verlust der Unschuld, kann man Arben nach und nach im Gesicht ablesen. Dies nicht zuletzt wegen einer großartigen schauspielerischen Leistung des Hauptdarstellers Nik Xhelilaj. Da Arben mit den Jobs, die ihm angeboten werden, keine Chance hat, das Geld zusammenzukriegen, geht er schließlich auf das Angebot einer Schlepperbande ein und arbeitet für diese als Schleuser.

Dass der Film einen illegalen Migranten, zudem noch einen Albaner, unbedingt mit Kriminalität in Verbindung bringen muss, kann sauer aufstoßen, da es Klischees bedient. Der Regisseur Johannes Naber sieht das anders: „...erzählt der Film nicht vor allem, warum einem Illegalen in Schengen-Europa gar keine Wahl bleibt, als illegal zu handeln? Und dass es kein Mentalitätsproblem, sondern ein systematisches Problem ist, das uns alle angehen muss?“ Auf diese Weise schafft der Film es, das Thema Migration in Europa sehr facettenreich darzustellen, und das anhand einer einzelnen Figur, der man im Film kaum von der Seite weicht. Außerdem

ist die Entwicklung Arbens stringent und nachvollziehbar erzählt. Der Film ist ein Versuch, auf viele Aspekte der Migration einzugehen, von den Motiven der Hauptfigur, über die Schwierigkeiten des Lebens in der Illegalität, bis hin zur organisierten Kriminalität. Dies gelingt, ohne dass beim Zuschauer der Eindruck erweckt wird, die Geschichte sei konstruiert. Johannes Naber ist mit seinem ersten langen Spielfilm ein interessantes und spannendes Werk gelungen, das zurecht den Max-Ophüls-Preis gewonnen hat. (pr)



Der Albaner - Shqiptari
Deutschland/Albanien 2010
Regie, Buch: Johannes Naber
Drehbuch: Johannes Naber, Christoph Silber
Darsteller: Nik Xhelilaj, Xhejlane Terbunja, Ivan Shvedoff,
Amos Zaharia, Stipe Erceg u.a.
Länge: 104 Min.
FSK: freigegeben ab 12 Jahren
Verleih: Kinowelt GmbH

Sich ausleben, mitteilen und verwirklichen – für uns ein Recht das Jede/r haben sollte. Man kann sagen ein Menschenrecht. Dieses Recht wollen wir nicht nur einfordern, sondern mit unserem Kulturteil garantieren und durchsetzen. Wir wollen jungen wie alten Autorinnen und Autoren die Möglichkeit geben sich in ihren Worten auszudrücken und ihr Talent mit unseren Leserinnen und Lesern zu teilen. Nichts Anderes gilt für unsere KünstlerInnen, die jede Ausgabe mit ihren eigenen Interpretationen anderer Leute Texte bereichern.

Die freie Entfaltung von Text und Kunst; möge sie auf unseren gelben Seiten gelingen!

KULTURTEIL

Ayad Bagdadi kommt aus Bagdad und lebt seit Jahren im Flüchtlingswohnheim in Konz. Zu seinen Lieblingsautoren zählen Heinrich Heine und Wolfgang Borchert. Schnauzbart trägt er übrigens nicht.

Peter Meyer war noch nie in seinem Leben fischen. Stress kennt er dennoch zu genüge. Vielleicht der Grund, weshalb ihm sein Klarname entfallen ist.

Till Tunesien ist angewidert vom Spießbürgertum. Entschuldigt das einen widerlichen Text? Entscheiden Sie selbst.

Dario Herold ist bekannt für hervorragende Plakate und gute Küche. In der Grenzwertig zeigt er nun sein kreatives Potenzial als Schriftsteller.

Zeichnungen von Maurice Vink:
vink.diezweibitte.de



Irgendwann!

Der Niemand war Flüchtling aus dem Irak. Er lebte in Deutschland seit zwei Jahren und elf Monaten. Sein Asylantrag wurde von Bundesamt abgelehnt, denn das Bundesamt behauptete, dass der Irak nach 2003 demokratisch und frei wäre!?

Daher wurde ihm eine Duldung als Ausweis ausgestellt. Dieser Ausweis war einzigartig, wobei das Symbol BRD auf ihm nicht stand! Danach er darf nicht arbeiten und nicht mehr als 30 Kilometer auswandern. Es sei nach Abkommen von Genf 1951 für Menschenrechte ab Artikel 1 bis Artikel 10.

Auf jedenfalls traf der Niemand seine deutsche Freundin zufällig in der Stadt.....

DER NIEMAND. Guten Tag! Schatz, was machst du da?
KARIN. Es ist langweilig und wollte bisschen spazieren
DER NIEMAND. Oki, lass uns die Laden anschauen
KARIN. Guck Schatz! Wie schön und billig diese Kette ist, kostet nur 150 €
DER NIEMAND. bald kriege ich Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung ohne Vorprüfung gemäß § 9, denn wer 3 Jahre in Deutschland aufhielt, dem wird Arbeitserlaubnis gewährt.
KARIN. aber du hast mir damals gesagt, wer ein Jahr in Deutschland aufhielt, kann Arbeitserlaubnis gemäß §10 Grundsatz 1 bekommen, trotzdem nicht mit dir geklappt?
DER NIEMAND. Schatz! nach einem Monat kriege ich es
KARIN. Ich hoffe es
DER NIEMAND. Ja, ich müsste es bekommen
KARIN. Hallo Schatz! ein Monat war vorbei, hast du es gekriegt?
DER NIEMAND. leider, mein Antrag wurde auch abgelehnt!
KARIN. sei geduldig Schatz!
DER NIEMAND. ich kann nicht mehr, werde schwarze Arbeit suchen
KARIN. Bring dich nicht in Gefahr, bitte
DER NIEMAND. mach keine Sorgen!
DER ZOLLBEAMTE. arbeitest du in diesem Restaurant, Ausweis bitte!
DER NIEMAND. bitte schön
DER ZOLLBEAMTE. Aha, du darfst nicht arbeiten, ich rufe Polizei an
DER POLIZIST. komm bitte mit
DER RICHTER. du hast mit dem Gesetz verstoßen
DER NIEMAND. ja, mit welchem §10 oder § 9 ?
DER RICHTER. entweder 500 als Geldstrafe oder Gefängnis für drei Monate?
DER NIEMAND. es gäbe einen gerechten Richter in Berlin
KARIN. Schatz! Geht's dir gut, ich habe das Geld besorgt
DER NIEMAND. wie? von wem ? du hast nichts!
KARIN. habe mein Lap-Top für 300 € verkauft und habe Spargeld 200 €
DER NIEMAND. Entschuldigung Schatz! Ich wollte dir jene Kette unbedingt kaufen
KARIN. oh das ist lieb! komm Kaffee zusammen trinken!
DER NIEMAND. guck Karin, wie schön dieser Mantel ist!
KARIN. ja sehr schön, aber kostet 1500 €. Es ist sehr teuer
DER NIEMAND. ich werde ihn dir irgendwann kaufen
KARIN. oh, nein, Schluss mit dir! Trennung ! ich gehe weg
DER NIEMAND. rief ihr nach; eines Tags kaufe ich dir einen blauen Mantel wie deine Augen oder einen brauen wie deine Haare, ich werde ihm sagen, wenn ich ihn hätte, (ich hätte dich für meine Geliebte gekauft)

Geb fischen, Junge!

„Einen grünen Tee bitte“, sagte er zu der freundlichen jungen Frau, die wohl erst seit kurzem in seinem alten Lieblingscafé bediente.

Sie brachte ihm den Tee. Er rührte um und dachte an die vergangenen drei Tage. Es war ein riesiger Stress gewesen. Die letzten zwei Nächte hatte er verdammt wenig geschlafen. Aber es hatte sich rentiert. Alles hatte hervorragend geklappt. Er war rundum zufrieden. Nächste Woche würde das neue Projekt starten, auch wenn noch nicht alles vollständig ausgearbeitet war. Schon in zwei oder drei Monaten würde es erste Resultate geben. Er rührte in seinem Tee herum. Der Umzug in die neue Stadt war gut gelaufen. Die neue Wohnung hatte er vor drei Wochen bezogen. Die Gelder waren pünktlich eingegangen, die Finanzierung auf zwei Jahre gesichert, bei Erfolg mit Aussicht auf Verlängerung. Er hatte jetzt noch viel mehr zu tun als früher, oft arbeitete er sechs Tage die Woche, häufig legte er Nachtschichten ein. „Zahlen, bitte“, rief er der Bedienung zu. Er würde erst in einigen Wochen wieder hier sein, in seiner alten Stadt, seinem alten Lieblingscafé mit den bequemen dunklen Stühlen. Er drückte die Zigarette aus, zahlte, und verließ das Café.

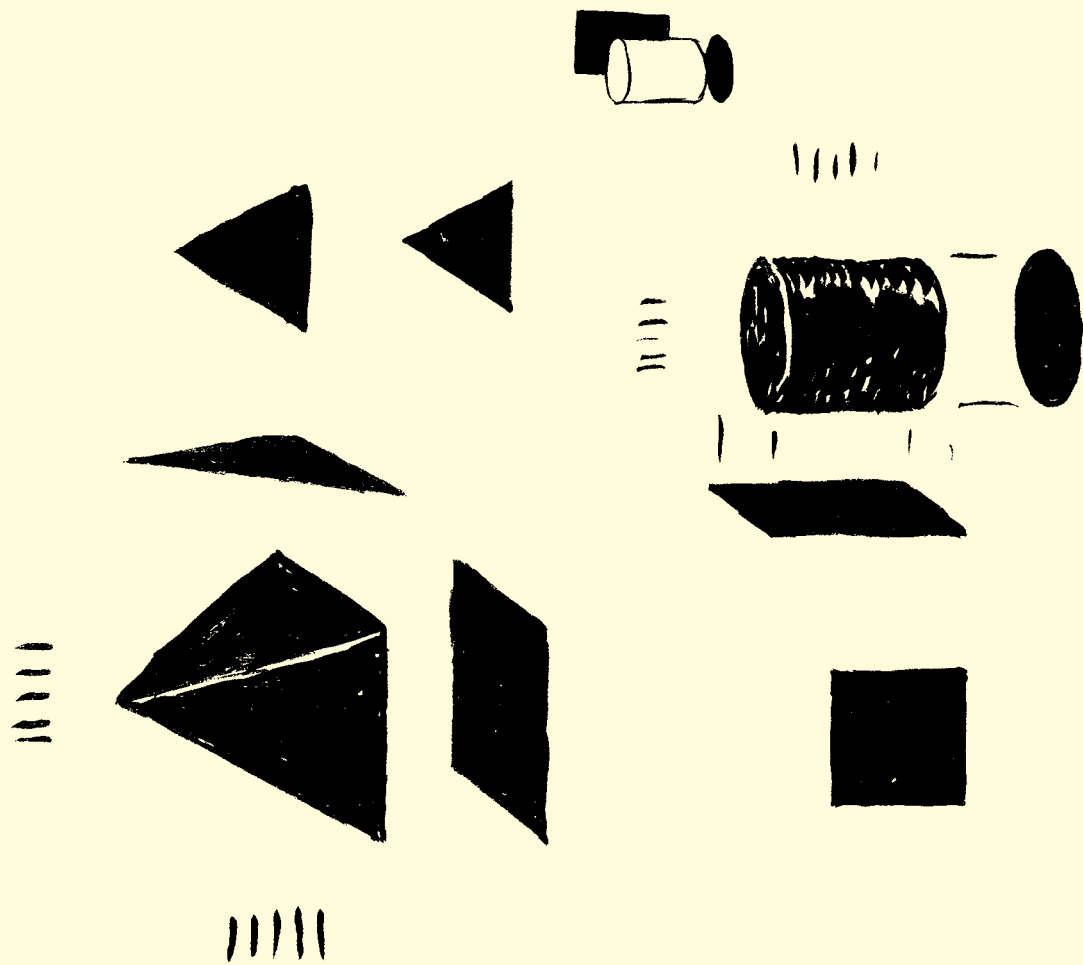
Nächste Woche die nächsten wichtigen Termine, die ersten Projekttreffen, die Vorstellung im Stadtrat, Ende der Woche das Gespräch mit dem zweiten Bürgermeister. Er war voller Energie. Der Kaffee verlieh ihm oft ungeahnte Kräfte. Er rauchte noch eine Zigarette und machte sich auf den Weg zum Bahnhof. Und dann, bereits in einem halben Jahr die erste Projektprüfung. Aber das würde schon klappen. Darum musste er sich jetzt keine Sorgen machen.

Gleich würde der Zug eintreffen. Am Montag das Pressegespräch, später noch das Treffen mit den Projektpartnern, die Broschüren und Plakate mussten gemacht werden. Er kratzte sich am Hals. Übernächsten Dienstagabend dann eine Gala mit möglichen Unterstützern. Alles musste perfekt vorbereitet werden. Der Zug fuhr ein. Er hatte den Projektentwurf für das Jahr weiter ausgearbeitet. Noch vier bis fünf Wochen intensive Arbeit, dann würde alles fertig sein.

Er stieg ein und setzte sich an einen Fensterplatz. Gegenüber nahm eine junge Frau Platz. Er schaute von seinen Unterlagen auf. Ein seltsames Gefühl überkam ihn und er bemerkte nicht, dass er sie anstarrte. „Fahren Sie oft mit diesem Zug?“, fragte sie ihn, etwas belustigt wegen seines komischen Gesichtsausdrucks. „Nein, nicht so oft. Ich habe früher hier gewohnt.“, sagte er nun leicht verlegen. „Wirklich? Wie ist diese Stadt? Ich bin vor kurzem hierher gezogen. Ich heiße Susanne.“ Plötzlich kam er sich etwas unbeholfen vor. Die hübsche junge Frau schaute ihn neugierig an. Er spürte, dass er zu zittern begonnen hatte. Seine Hände wurden feucht. Seine Schläfen pochten, in seinem Kopf und seinen Ohren nahm er wie schon häufiger in den letzten zwei Wochen ein helles, unangenehmes Geräusch wahr. Sein Herz schlug schneller. Er setzte an, etwas zu sagen und stockte. Er hatte den Mund geöffnet und starrte, die Augen weit aufgerissen, in die Leere. Er konnte es einfach nicht fassen: Er hatte seinen Namen vergessen.

– von Peter Meyer





Fragen an die die noch wollen

gebunden an gedachte Striche,
wischt ihr die Grenzen von der Karte?
wischt die Zäune aus der Welt?
löst falsche Gegensätze auf
in dem was uns zusammenhält?

gebeugt von all den toten Dingen,
lasst ihr die Monolithen stürzen?
lasst sie mit Obst und Tanz bedecken?
richtet den Blick auf gleiche Höhe
all unsere Lügen aufzudecken?

hausend in verengten Räumen,
reisst ihr die Schlösser aus den Türen?
reisst die Köpfe aus dem Sand?
geht auf noch geheimen Wegen
ins letzte, unentdeckte Land?

– von Dario Herold

Herr S. versteht die Welt nicht mehr

Die Mails landeten beinahe täglich in seinem Postfach. Minarett Verbot jetzt! Die ersten Male hatte Herr S. die Mails noch angewidert in den Junk-Ordner verschoben. Heute ignorierte er sie. Die Urheber der Petition hatten Herrn S. angerufen. Man gab sich Mühe, ihn für die Sache zu gewinnen. Die Organisation, für die Herr S. arbeitete, hatte einen guten Ruf in der Stadt. Sein Verein war bestens mit Stadträten und der studentischen Szene vernetzt. „Kluge Leute“, dachte Herr S. nach dem Telefonat. Man hatte anderthalb Stunden angeregt über Aufklärung und linke Werte diskutiert. Herr S. wurde wehmütig: „Früher waren die Dinge klarer, eindeutiger“. Er blickte auf die Uhr zwischen den alten Demoplakaten. Halb Fünf – Feierabend. Seine Tochter würde ihm heute ihren neuen Freund vorstellen. Herr S. war angespannt.

Seine Tochter hatte sich verändert, seit sie mit Mehmet ausging. Früher trug sie löchrige Jeans. Die Rentner drehten sich nach ihr um und rümpften die Nase, weil die Risse am Hintern ihre bunt geringelten Slips offen zur Schau stellten. So war sie früher: rebellisch; aufmüpfig. Seit sie diesen Mehmet kannte, trug sie kurze Miniröcke und hochhackige Schuhe. Herr S. war letzte Woche mit ihr beim Frühstück aneinander geraten: Sie trug einen derart kurzen Minirock, man konnte ihren Tanga sehen, wenn sie sich unachtsam setzte. So wollte sie allen Ernstes in die Schule gehen. Dieser Aufzug: billig, vulgär. Herr S. schüttelte es noch heute.

Mehmet passte ihm nicht. Herr S. begriff zunächst nicht warum. Er hatte ein freundliches Gesicht und einen festen Händedruck. Herr S. achtete bei anderen Männern auf ihren Händedruck. Der Bengel war durchaus höflich. Studierte bereits im zweiten Semester. Also keinesfalls auf den Kopf gefallen. Aber was wollte dieser Kerl mit seiner Tochter? Ein Student, der mit einer Abiturientin ausging. Der Campus musste doch voll sein mit Dates für diesen Mehmet. Warum ging er also mit einer Schülerin aus? Warum ausgerechnet mit seiner Tochter? Außerdem störte sich Herr S. an Mehmet's Studienfach: Betriebswirtschaftslehre. Vor einem halben Jahr trug seine Tochter noch Che Guevara Shirts und jetzt schlief sie mit diesem Jünger des Kapitals. Überhaupt sah der Typ schon aus wie so ein geschneigelter Fatzke: Die Lederschuhe zu geputzt und vorne zu spitz. Das viele Gel im Haar und das Hemd zu rosa.

Herr S. erkundigte sich nach Mehmet's Eltern. „Irgendwie altmodisch“, seien die, antwortete Mehmet. „Aha, Konservativ.“, übersetzte Herr S. in Gedanken.

Die Anspannung wollte nicht weichen. Nach zwei Stunden war Mehmet endlich wieder gegangen. Seine Frau hatte sie zu seinen Eltern eingeladen. Herr S. hätte sie am Liebsten angebrüllt. „Und, Papa wie findest du ihn?“, fragte seine Tochter. Er bemerkte, dass sie Lippenstift trug. „Papa? Hallo!“ - „Ja, er ist nett.“

Eine Woche verging. Herr S. radelte auf dem Heimweg am Bahnhof vorbei. An den dortigen Bushaltestellen gerieten die Mütter dieser Erde unter den Generalverdacht der Hurerei. „Früher gab es das nicht, diese Sexualisierung der Mutterfigur“ dachte Herr S. und musterte abschätzig die Jugendlichen, die ihre Hosenbeine in Sportsocken stopften. In einer halben Stunde waren er und seine Frau bei Mehmet's Eltern verabredet. Herr S. hatte keine Lust auf diesen Besuch.

Seine Frau erwartete ihn bereits. Sie trug ein weit ausgeschnittenes, teures Oberteil. Früher waren sie typische Hippies gewesen. Mit dem Alter und einem geregelten Einkommen änderte man sich eben. Herr S. mochte die stierenden Blicke seiner Freunde, die kaum die Augen vom Dekolleté seiner Frau lassen konnten.

Die Bozkurts erwarteten sie bereits. Sie waren etwa zehn Jahre älter als Herr S. und seine Frau. Deniz Bozkurt trug einen buschigen ergrauten Schnauzbart, seine Frau Kopftuch. Ein Symbol für die Unterdrückung der Frau, darin war sich Herr S. mit den Initiatoren der E-Mail-Aufrufe einig. Frau Bozkurt servierte diverse türkische Speisen. Ihr Mann bemühte sich um ein Gespräch. Herr S. stieg kaum drauf ein. Irgendetwas störte ihn an Herrn Bozkurt. Nach einer Weile wurde ihm klar, was ihn an seinem Gegenüber störte: Sie hatten überhaupt nichts gemeinsam. Herr Bozkurt ignorierte das Dekolleté von Frau S. Er behandelte sie wie einen gewöhnlichen Gast. Außerdem waren da noch: das zu viele Gold an Herrn Bozkurt's Handgelenk, die sprießende Brustbehaarung in seinem zu weit geöffneten Hemd und die zu übertrieben, gönnerhaft zur Schau gestellte Gastfreundschaft. Man plauderte ein wenig über Politik. Herr S. war überzeugter Grünen-Wähler. Herr Bozkurt hatte früher für einen Konzern gearbeitet, der Atomstrom vertrieb. Außerdem war er der Meinung, dass sein Sohn bei der Bundeswehr ein Mann geworden sei.

Am nächsten Morgen im Büro öffnete Herr S. sein Postfach. Minarett Verbot Jetzt! Herr S. klickte auf den Link in der Mail. Er tippte seinen Vor- und Nachnamen ein.

Abends lag seine Tochter aufgelöst in seinen Armen. Sie hatte sich von Mehmet getrennt. „Dieses Macho-Arsch meinte, ich würde zu sexy rumlaufen. Was bildet der sich ein...“. „Ja“, tröstete Herr S. „der Mehmet war ganz nett. Aber der muss sich erstmal von den antiquierten kulturellen Vorstellungen seiner Eltern lösen.“

- von Till Tunesien



MENSCHENRECHTSBEOBACHTUNGEN IN CHIAPAS/MEXIKO

Ein Erfahrungsbericht von Ole Liepolt

Ein Bericht des UN-Menschenrechtshochkommissariats (UNHCR) zeigt, wie schlecht es um die Menschenrechte in Mexiko steht. Nach diesem Bericht wurden zwischen Januar 2006 und August 2008 128 Menschenrechtler_innen das Ziel von Gewalt. Dass so viele Menschen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, von Gewalt betroffen sind zeigt, dass dem mexikanischen Staat wenig daran gelegen ist, dass Menschenrechtsverletzungen publik gemacht oder sogar verhindert werden. Um meinen Teil zur Verbesserung der Lage beizutragen, bin ich Anfang dieses Jahres für sieben Wochen nach Mexiko, in den Bundesstaat Chiapas gereist, um mit der deutschen Organisation Carea e.V. und dem mexikanischen Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas (FrayBa) die aktuelle Situation der Menschenrechte zu dokumentieren und Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen.

Von diesen Menschenrechtsverletzungen betroffen ist besonders die indigene Bevölkerung Mexikos. Zu einem großen Teil wird sie aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und ist Diskriminierung ausgesetzt. Es ist zudem gerade diese Bevölkerungsgruppe, die von Armut und Verelendung betroffen ist. Auf Proteste der Bevölkerung gegen diese Situation wird mit militärischer und polizeilicher Gewalt sowie mit Repression reagiert.

Am 01.01.1994 rebellierte in diesem Zusammenhang eine bis dahin unbekannt indigene Organisation, die „Ejército Zapatista de Liberación Nacional“ (EZLN), im Bundesstaat Chiapas und besetzte sieben Städte.

Sie forderte Frieden, Freiheit, Land, Gerechtigkeit, Demokratie und Würde für Mexiko und seine Bürger_innen und autonome Rechte für die indigene Bevölkerung in Kultur, Religion sowie eine

gleichberechtigte Stellung in der mexikanischen Gesellschaft. Obwohl nach zwölf Tagen Verhandlungen zwischen der EZLN und der mexikanischen Regierung herbeigeführt wurden und die EZLN die Kampfhandlungen einstellte, begann die mexikanische Regierung eine Aufstandsbekämpfung in Form eines „Krieges niederer Intensität“, einer Aufstandsbekämpfung, welche die amerikanische Armee schon in Vietnam betrieben hat. Menschen wurden entführt, ermordet, von ihrem Land vertrieben oder bedroht.

Nachdem die Regierung auf die Forderungen der EZLN nicht eingegangen ist und die Repression weiter zunahm, beendete die EZLN die Verhandlungen, die bis heute nicht wieder aufgenommen wurden. Während es bis heute keine weiteren Kampfhandlungen durch die EZLN gab, herrscht der Zustand des „Krieges niederer Intensität“ weiterhin vor, genauso wie die anhaltende Diskriminierung der indigenen Bevölkerung und Repression jedweden Protestes gegen die mexikanische Regierung. Seit 1998 werden deswegen Menschenrechtsbeobachtungen mit FrayBa in Chiapas durchgeführt, um Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und an die Öffentlichkeit zu tragen.

Das Konzept der Menschenrechtsbeobachtung setzt auf eine starke Öffentlichkeit, um Menschenrechtsverletzungen publik zu machen und die mexikanische Regierung unter Druck zu setzen. Das Konzept baut vornehmlich auf drei Methoden auf. Die erste Methode ist die Präsenz von Menschenrechtsbeobachter_innen in gefährdeten indigenen Gemeinden in Chiapas. Es soll deutlich nach außen gezeigt werden, dass eine Öffentlichkeit in dem Konflikt besteht und dass Handlungen, die die Menschenrechte verletzen, in die Öffentlichkeit getragen werden. Durch diese Taktik sollen Menschenrechtsverletzungen schon von vornherein ausgeschlossen werden.

Ein zweiter Punkt beinhaltet die Dokumentation von ungewöhnlichen Vorkommnissen, wie eine große Polizei- und Militärpräsenz sowie gegebenenfalls die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen. Der letzte Punkt des Konzeptes sieht letztendlich die aktive Öffentlichkeitsarbeit vor, die FrayBa durch die von den Beobachter_innen übermittelten Informationen betreibt, als auch durch die Beobachter_innen in ihren Heimatländern in Form von Vorträgen, Filmvorführungen oder Ähnlichem.

Während meines Aufenthalts in Mexiko als Menschenrechtsbeobachter, war ich in zwei indigenen Gemeinden, um dort Menschenrechtsbeobachtungen vorzunehmen. Die erste Gemeinde befindet sich in der Nähe der „Cascadas de Agua Azul“, einem Naturschauspiel, welches bei Touristen ein sehr beliebtes Ausflugsziel

ist. In der gesamten Region wird von der Regierung der Bau eines Tourismusgebietes angestrengt, weswegen die umliegenden indigenen Dörfer ihr Land verkaufen sollen. Ein Teil der Gemeinde weigert sich zu verkaufen und hat sich der „Anderen Kampagne“, einer Kampagne, die sich gegen die Regierungsprogramme wehrt, angeschlossen und stattdessen eine Einlassschranke in der Nähe der Cascadas errichtet, um Eintritt für den Besuch



- 1 Naturschutzgebiet der zapatistischen Gemeinde
- 2 Die vereinigten Dörfer für die Verteidigung der Elektrizität
- 3 Ziviles Friedenscamp - Zivile Brigaden der Menschenrechtsbeobachtungen

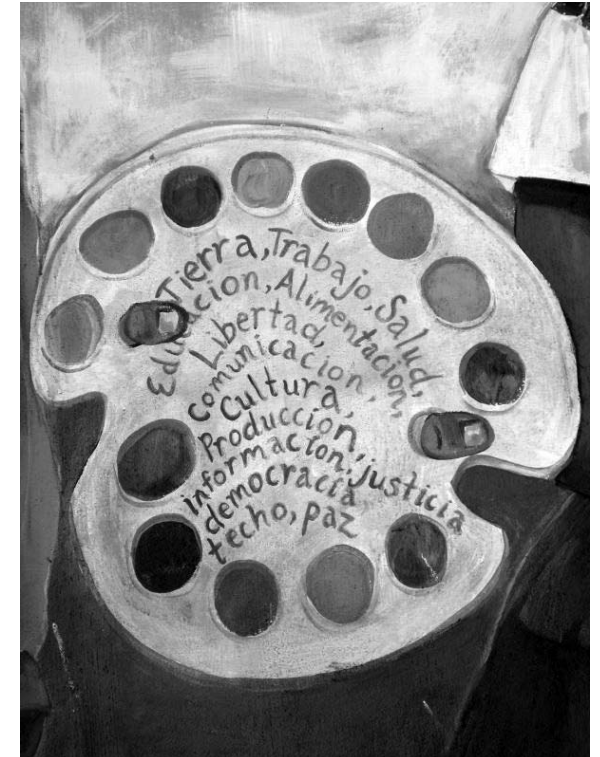
auf ihrem Grund und Boden zu nehmen. Da auf diese Weise nur ein Teil der Gemeinde davon profitiert hat, hat der andere Teil eine weitere Schranke gebaut, so dass zweimal bezahlt werden musste. Im Laufe dieses Konfliktes kam es daher immer wieder zu Spannungen innerhalb der Gemeinde, was darin gipfelte, dass Anfang Februar der Teil der Gemeinde, der verkaufen würde, die erste Schranke besetzt hat. Bei dem Versuch der „Anderen Kampagne“ sich dagegen zu wehren, kam es am 3. Februar zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf eine Person erschossen wurde. Sofort wurden 117 Personen festgenommen, die der „Anderen Kampagne“ angehören, wovon relativ schnell 107 Personen wieder freigelassen, zehn allerdings weiterhin festgehalten wurden. Die Aufgabe, die ich und sieben weitere Beobachter_innen hatten, bestand primär aus der reinen Präsenz in der Gemeinde und der Beobachtung des weiteren Konfliktverlaufs. Während meines Aufenthaltes wurden insgesamt fünf Personen wieder freigelassen und zurück in die Gemeinde gebracht. In diesen Momenten bestand unsere Aufgabe darin, die Personen zu interviewen und Gespräche mit der Polizei, bzw. den Regierungsvertreter_innen zu führen und nachzufragen, wie es um den Verbleib der anderen Gefangenen steht. Weiterhin wurde von der „Anderen Kampagne“ eine Straßenblockade über zwei Tage organisiert, um Druck auf die Regierung auszuüben und die Gefangenen freizubekommen. Während dieser zwei Tage fiel uns die Aufgabe zu eine Eskalation durch unsere Präsenz zu vermeiden und das Verhalten der anwesenden Staatsmacht in Form von Polizei und Militär zu beobachten. Von diesen Ereignissen abgesehen, bestand die Hauptaufgabe darin, Militärbewegungen und Polizeipräsenz zu beobachten.

Die zweite Gemeinde liegt nahe der Stadt San Cristobal de Las Casas auf ca. 2700m Höhe in einem Naturschutzgebiet. Dort gibt es seit langem Probleme mit Raubbau und Wasserprivatisierungsversuchen. In dieser zweiten Beobachtungsphase waren wir zu dritt in der Gemeinde. Uns fiel die Aufgabe zu, durch das Naturschutzgebiet zu patrouillieren und Raubbau sowie Unstimmigkeiten bei den Quellen zu dokumentieren. Außerdem fiel es uns zu, neue Entwicklungen bei den Bewohner_innen zu erfragen. Im Vergleich zu der vorhergehenden Gemeinde war die Situation sehr ruhig und unsere Aufgaben klar definiert.

Während unserer Patrouillen gab es einige Plätze mit geschlagenem Holz, welche wir notiert haben. Außerdem hatten wir so die Möglichkeit mit den Bewohner_innen der Gemeinde zu sprechen. Im Laufe dieser Gespräche wurde uns erzählt, dass es Probleme mit bewaffneten Übergriffen in der Nähe der Gemeinde gab, welche im Menschenrechtszentrum noch nicht bekannt waren.

Nach diesen beiden Beobachtungen musste ich leider wieder zurück nach Deutschland fliegen und konnte keine weiteren Gemeinden und die dortige Situation kennenlernen. Durch E-Mail-Kontakte zu anderen Menschenrechtsbeobachter_innen weiß ich aber, dass sich die Situation momentan immer weiter verschärft. In einer Gemeinde wurden Morddrohungen an die dortige Bevölkerung ausgesprochen und auch die Beobachter_innen sehen sich einer massiven Anfeindung ausgesetzt. Eine internationale Öffentlichkeit ist weiterhin wichtig, damit der Konflikt in Chiapas nicht eskaliert.

Wenn sich jetzt jemand angesprochen fühlt oder auch nur ein wenig mehr über den Konflikt in Chiapas erfahren möchte, findet er/sie mehr Informationen auf www.carea-menschenrechte.de oder auf dem Newsportal www.chiapas.eu.



4 Wandbild in Morelia, Forderungen der Zapatisten: Land, Arbeit, Gesundheit, Bildung, Nahrung, Freiheit, Kommunikation, Kultur, Produktion, Information, Gerechtigkeit, Demokratie, Zuhause, Frieden

MARIA / ROMANIA

Eine Fotoreportage von Calin Kruse



Maria ist 72 Jahre alt und wohnt in einem Dorf im Südwesten Rumäniens, nahe der serbischen Grenze. Trotz ihres Alters unterhält sie ein riesiges Haus mit 6 Zimmern – das sie seit dem Tod Ihres Mannes und Ihrer Eltern alleine bewohnt, ihre Tiere und mehrere Obst und Gemüseärten.

Ihr Arbeitstag fängt morgens um 6 Uhr an, wenn sie ihre Kuh wäscht, melkt und auf die Weide schickt, und endet um 24 Uhr mit dem Aufräumen der Küche. Sie ist, wie viele Menschen in dem Dorf, weitgehend Selbstversorgerin. Obwohl sie Rente und die Deportiertenrente Ihres Mannes bekommt, keine Kinder hat und deswegen nicht mehr so viel arbeiten müsste, kennt sie nichts anderes als Arbeit und kann damit nicht aufhören.

Maria ist noch nie verreist, der einzige Ausflug Ihres Lebens war ein Zirkusbesuch im Bukarest, als sie 17 Jahre alt war.

Ein Fotozine in limitierter Auflage über das Projekt *Maria / Romania* erscheint in Kürze. Mehr Infos unter www.photography.rammbock.com



Maria schöpft Wasser aus dem hauseigenen Brunnen, direkt auf dem Flur; da es zum Trinken nicht geeignet ist, benutzt sie das Wasser hauptsächlich zum Waschen, weshalb sie welches im Eimer aus anderen Brunnen aus dem Dorf nach Hause trägt. Sie hat, wie die meisten Bewohner des Dorfes, kein fließend Wasser.



Maria stellt die meisten Lebensmittel selbst her. Hier schneidet sie Suppennudeln aus einem Teig, den sie zuvor geknetet und zusammengerollt hat.



Hin und wieder kauft Maria Hühnerküken auf dem Markt in Serbien, die sie groß zieht, um sie dann zu schlachten.



Die Kuh wird jeden Morgen und Abend gemolken; die Milch verbraucht sie selbst oder verkauft sie an Nachbarn. Gerade war Maria unglücklich mit der Kuh, da diese eine Fehl- und eine Totgeburt kurz vorm Geburtstermin hinter sich hatte, und sie viel Geld für die künstliche Befruchtung ausgegeben hatte.



Zum Hof gehören zwei große Gärten, die Maria pflegt. Sie hat Mais, Kartoffeln, Tomaten, Zucchini, Karotten, Kürbisse, Gurken, Bohnen, und so weiter, angebaut. Außerdem hat sie noch ein paar Apfel-, Pfirsich- und Mirabellenbäume (aus Mirabellen wird Schnaps gebrannt) und Bienenstöcke im Garten.

HILFERUFE IM WEB – TEIL 2

JUNGE FLÜCHTLINGE BLOGGEN

One day I was in park in Athens

Published on November 3, 2009 in Athen. 2 Comments Tags: discrimination, racism, repression, what our life looks like.

I was sitting in a park in Athen , the police came to me, ask me about my paper, I gave it to them. The police took me paper, although there was no problem with my paper they scrunched it up. He told me to open my mouth. I opened my mouth and then he insert the paper to my mouth, they pressed into my mouth. and then he hit me with a stick and with his foot. He threatened me , when he see me again he will handcuff me and take me to the prison.

On our way to Europe Part I

Published on September 5, 2010 in Iran and Patra. 0 Comments Tags: crossing the border.



ABER BITTE UNAUFFÄLLIG

Asylgrund Homosexualität: Tschechische Behörden testeten mit Pornos, ob Bewerber wirklich schwul sind. In Deutschland müssen sich Flüchtlinge immer wieder anhören, sie sollten ihre sexuelle Identität nicht so offen zeigen.

Von
Eva-Maria
Simon

Illustration:
Dario Herold

Das war peinlich: Die Grundrechteagentur der Europäischen Union (FRA) kritisierte Tschechien öffentlich. Dortige Asylbehörden hatten von Bewerbern einen so genannten phallometrischen Test verlangt: Sie spielten ihnen erotische Szenen heterosexuellen Inhalts vor. Wenn sie daraufhin keine Erektion bekamen, glaubte man ihnen, dass sie schwul sind und deswegen verfolgt wurden. Offenbar vermuten die Behörden, dass sich Flüchtlinge als homosexuell ausgeben, um leichter Asyl zu bekommen. „Es ist schwierig, phallometrische Tests mit den bestehenden Menschenrechts-Standards zu vereinbaren“, schrieb die FRA in einem Bericht von 2010.

Das tschechische Innenministerium beeilte sich, gegenüber internationalen Medien zu versichern: Das Verfahren sei weniger als zehn Mal angewendet worden, und zwar zwischen 2008 und 2009. Nachdem die UNO es kritisiert habe, sei

es abgeschafft worden. Außerdem hätten die Bewerber schriftlich eingewilligt. Das lässt die FRA allerdings nicht gelten: Das Argument sei „bedeutungslos“, wenn der Asylantrag abgelehnt werden könne, weil die Kandidaten sich weigern.

In Deutschland mag so mancher über die Praktiken des Nachbarlands die Nase gerümpft haben. Doch auch hier haben es homosexuelle Asylbewerber doppelt schwer. Rechtlich gesehen ist zwar alles klar. Die so genannte Qualifikationsrichtlinie der EU schreibt fest: Homosexuelle haben unter bestimmten Bedingungen ein Recht auf internationalen Schutz.

In der Praxis allerdings müssen die Flüchtlinge beweisen, dass sie wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt worden sind. Penis-Tests gibt es hierzulande zwar nicht. Aber die Bewerber müssen ihre Geschichte glaubhaft machen.

„Das ist nicht einfach“, sagt Kathrin Dallwitz. Die Flüchtlingsberaterin beim

AK Asyl in Bielefeld hat schon einige homosexuelle Flüchtlinge betreut, etwa aus Serbien, dem Kosovo oder Kenia. Sie versucht, zu beweisen, dass sie in ihrem Heimatland in Gefahr sind, und ist dabei oft auf sich allein gestellt: „In vielen Ländern gibt es keine Menschenrechtsorganisationen, die über die Situation von Homosexuellen berichten.“ Außerdem schämten sich viele Flüchtlinge, überhaupt über das Thema zu sprechen. Besonders schwierig sei es, wenn etwa ein Dolmetscher aus dem Herkunftsland dabei sei. Dann hätten die Flüchtlinge oft Angst, er könnte anderen Landsleuten davon erzählen.

Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) kritisiert, wie Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit diesen Asylbewerbern umgehen: „Wieder und wieder sagen sie zu ihnen, dass sie doch ihre Sexualität verstecken können. Das ist eine menschenrechtswidrige Praxis“, sagt Sprecherin Renate Rampf.

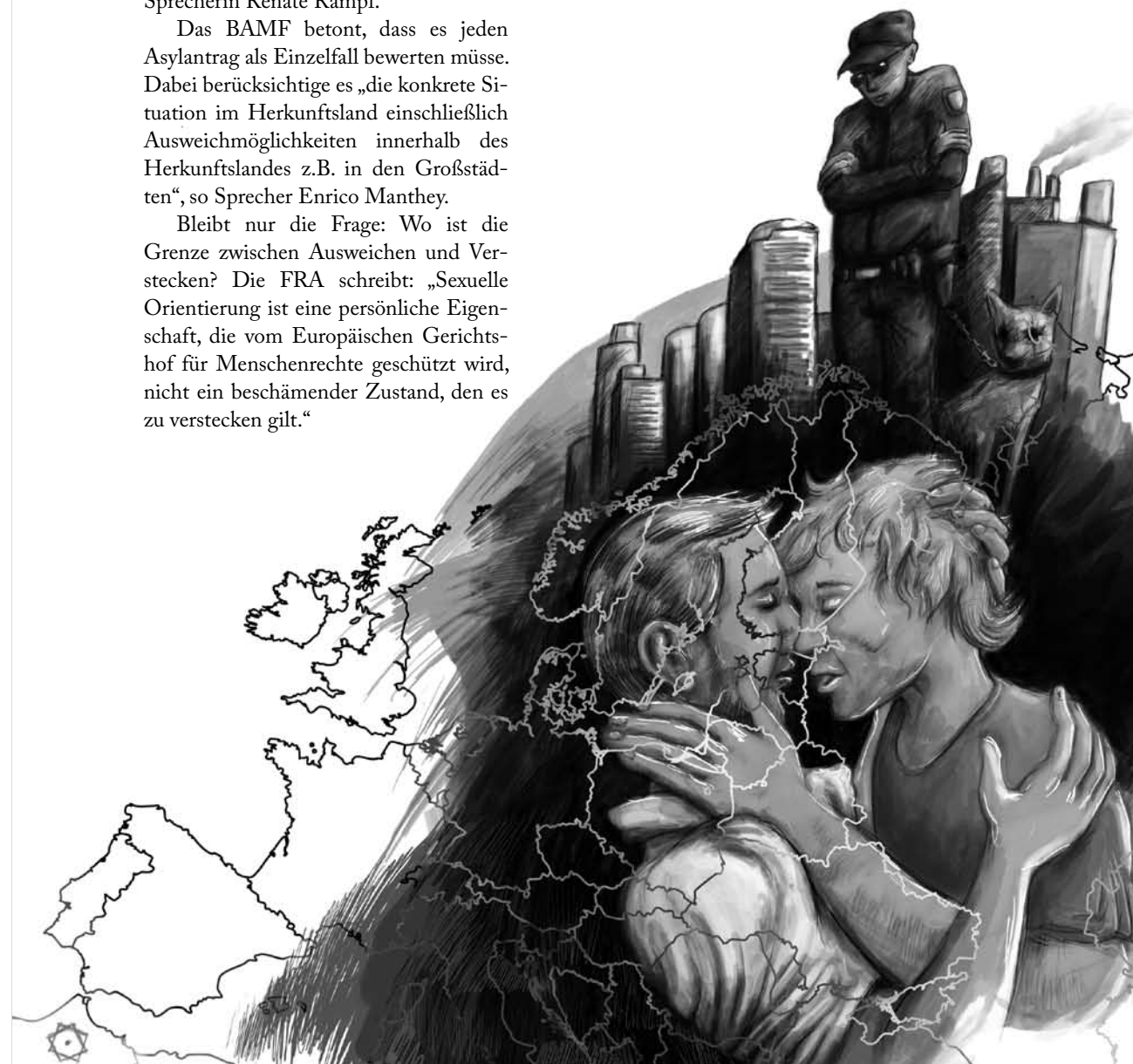
Das BAMF betont, dass es jeden Asylantrag als Einzelfall bewerten müsse. Dabei berücksichtige es „die konkrete Situation im Herkunftsland einschließlich Ausweichmöglichkeiten innerhalb des Herkunftslandes z.B. in den Großstädten“, so Sprecher Enrico Manthey.

Bleibt nur die Frage: Wo ist die Grenze zwischen Ausweichen und Verstecken? Die FRA schreibt: „Sexuelle Orientierung ist eine persönliche Eigenschaft, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geschützt wird, nicht ein beschämender Zustand, den es zu verstecken gilt.“

GRENZWERTIG INFORMIERT

Warum Lesben und Schwule flüchten

Homosexuelle Handlungen sind in 76 Ländern strafbar, so die International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA). In sieben Ländern - Iran, Saudi-Arabien, Yemen, Mauretanien, Sudan sowie Teilen von Nigeria und Somalia - gilt sogar die Todesstrafe. Wie viele Homosexuelle in Deutschland Zuflucht suchen, ist unklar: Das BAMF fasst die Fälle unter „geschlechtsspezifische Asylgründe“ zusammen. Schwule und Lesben sind in der Statistik unsichtbar.



WELPENSCHUTZ FÜR DIE NEWBORN-NATION



Hohe Jugendarbeitslosigkeit, steigende Lebensmittelpreise und korrupte Machtcliquen: Eine Aufzählung, die sich seit dem arabischen Frühling wie die Zutatenliste für gesellschaftlichen Sprengstoff liest. Die Kosovaren bleiben dennoch entspannt.

Von Fabian
Jellonnek

Die Sonne scheint. Es ist fröhlich warm in Pristina. Die Cafés sind vollbesetzt. Ein guter Tag für Alban. Alban klappert die Lokale ab, unterm Arm trägt er eine Kiste mit Zigaretten. Eine Packung Ronhill kostet einen Euro, zwanzig Cent davon gehen an Alban. Am Ende eines langen Arbeitstages wird er seinen Lohn mit 50 Kollegen teilen. Einer von ihnen steht auf Pristinas Prachtstraße und versorgt die Läufer mit Nachschub. 2500 Schachteln müssen sie verkaufen, um ein Tageslohn von 10 Euro einstreichen zu können. Die Konkurrenz ist groß. In Pristina gibt es viele Gruppen, die ihren Lebensunterhalt durch Zigarettenverkauf bestreiten. Im gefühlten 10-Minuten Takt werden die Glimmstengel angeboten.

Auf der Straße vorm Café herrscht großer Trubel. Dicht an dicht drängeln sich Autos und gebrauchte Linienbusse, auf deren Anzeigen immer noch die Na-

men Bottroper Bushaltestellen durchlaufen. Nachts nutzt man eine der unzähligen Taxen. Anders als etwa in Prag oder Rom läuft auch bei Ausländern die Uhr. Touristenabzocke betreibt man im Kosovo so gut wie gar nicht. Ebenso selten sind Taschendiebstahl und Raubüberfälle. In Pristinas unbeleuchteten Gassen, die teils immer noch mit vom Krieg beschädigten Häusern gesäumt sind, fühlt man sich sicherer als in Berlin.

Gegenüber vom Café waschen junge Männer von Hand die deutschen Nobelkarossen von Pristinas Oberschicht. Ein bis drei Euro verlangen sie pro Reinemachen. Reich wird man damit nicht.

Im Café kostet ein Bier nicht wesentlich mehr als im Supermarkt: Ein weiteres Indiz dafür, dass im Kosovo der Wert der Ware Arbeit nicht sehr hoch ist.

Fragt man in Pristina nach dem Monatslohn bekommt man fast immer eine Antwort die zwischen 200 und 300 Euro

liegt. Es wirkt beinahe, als gäbe es ein Grundeinkommen. Der Staat trägt zu diesem Einkommen allerdings meist nichts bei. Andererseits bekommt er auch wenig: Ein Großteil der Arbeit bewegt sich im illegalen Sektor. Die größte Geldquelle des zwei Jahre jungen Staates sind nicht etwa Steuern sondern Zolleinnahmen.

Mit 250 bis 300 Euro pro Monat müssen auch Lehrer und Professoren auskommen. Eine Summe, die auch Alban mit dem Zigarettenverkauf erwirtschaften kann, wenn Hochsaison ist. Das maue Gehalt wirkt sich negativ auf die Motivation der Lehrkräfte aus. Unidirektoren kontrollieren hier morgens nicht nur die Anwesenheit der Studenten, sondern auch die der Ausbilder.

Präsident Thaci hat, um seinen Wahlsieg zu sichern, vollmundig Gehaltser-

Deutschland gelingt das nur den Bekanntesten. Über Beziehungen gelangt man auch an die Arbeitsplätze im illegalen Sektor. Für junge Frauen bedeutet das, neben der Ausbeutung durch Niedriglöhne, häufig auch sexuelle Ausbeutung.

Die Familie ist hier die einzige echte Absicherung bei Armut, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter. Der Zusammenhalt ist dementsprechend groß.

Netzwerke spielen auch in der Politik die entscheidende Rolle. Eine problematische Konstruktion, der Grund zahlreichen Übels ist. Das gesamte Land wird aus einem maroden Kraftwerk mit Strom versorgt. Immer wieder gibt es Aussetzer in der Stromversorgung. Seit sechs Jahren sucht man eine Lösung. Ausländische Investoren gab es zwar in dieser Zeit, aber die sind es gewohnt, dass man einen



höhungen für alle Beamten und Staatsbediensteten in Höhe von 30 bis 50% verkündet. Die internationalen Geldgeber singen vor Begeisterung: „Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?“. Gravierend noch: die Lebensmittelhändler erhöhen in vorausgehendem Gehorsam drastisch die Preise.

Der Druck zu Arbeiten nimmt zu. Schüler und Studenten brechen ihre Ausbildung oft ab. Bei der hohen Arbeitslosigkeit bringen einen Abschlüsse auch nicht weiter. Wichtiger sind Bekanntschaften. Netzwerke bedeuten hier alles. Gute Noten bekommt man nicht nur durch Leistung, sondern auch durch Bekanntschaft zum Lehrer oder Prof. In

„Freund“ braucht. Im Kosovo hingegen wollen mehrere Netzwerke und Clans mit den Investoren „befreundet“ sein. Zu undurchsichtig und daher abschreckend.

Undurchsichtig ist auch des Präsidenten Buchführung. Thaci hat ein Gehalt von 7000 Euro, dennoch konnte er innerhalb kürzester Zeit ein Vermögen von mehreren Hunderttausend Euro anhäufen. Der Präsident ist längst nicht der einzige Politiker mit fragwürdigen Bilanzen.

Hohe Jugendarbeitslosigkeit, steigende Lebensmittelpreise und korrupte Machtcliquen: Das ist der Cocktail aus dem sonst Aufstände gemixt werden. In Pristinas Bars hingegen nippt man entspannt am Caipirinha. Aufstände sind

hier selten. Proteste gibt es, allerdings aus anderen Anlässen: Die oppositionelle Gruppe Vetevendosje, zu Deutsch Selbstbestimmung, rief zu einer Demo gegen den Besuch eines serbischen Unterhändlers in der Stadt auf. Der Unterhändler wurde offiziell empfangen und Vetevendosje sah darin den Anfang vom Ende der Unabhängigkeit. Die Bilanz: 12 verletzte Polizisten, 4 verletzte Demonstranten. Die hysterische Reaktion auf den Besuch aus Belgrad ist ein erstes Indiz dafür, warum die Kosovaren trotz aller Probleme die Füße still halten: Man fürchtet um den Status als eigener Staat und glaubt innenpolitische Konflikte könnten dem schaden.

Vetevendosje wird auch für die Anti-EULEX-Stencils verantwortlich gemacht, die überall in der Stadt aufgesprüht sind.

Cafés auf ihre Politiker an, winken die meisten Leute ab. Man erwartet nicht viel von ihnen. Interesse ist wohl das meist gehörte Wort in Gesprächen über Politik. Jeder hat seins und verfolgt seins, vom Präsidenten bis zum Zigarettenverkäufer Alban. So ist das Leben. Punkt.

Die zwei Jahre alte Euphorie der Unabhängigkeit tut ihr Übriges. Hoffnung und Optimismus sind überall zu spüren: „Destination Europe“ heißt das neue Ziel, verkündet auf Plakaten. Und man ist optimistisch, dass die Politiker noch dazulernen. Der jüngste Staat Europas, er steht noch unter Welpenschutz.

In Pristina ist es Abend geworden. Im Café finden Albans Kollegen immer noch viel Kundschaft. Statt Espresso wird jetzt Peja, das kosovarische Pils, getrunken. Plötzlich wird es dunkel: Blackout in



Die Suche nach einem Sündenbock hat Tradition. Früher sollte immer als besser werden, wenn UNMIK das Land verlässt, nun ist EULEX an der Reihe. Ganz unschuldig an ihrem Ruf ist die EU-Mission nicht: 27 Nationen mit unterschiedlichen Rechtssystemen sollen sich auf eines für den Kosovo einigen. Zu allem Überfluss erkennen fünf aus 27 den Kosovo gar nicht an. Ein permanenter Eiertanz.

Spricht man die Menschen in den

Pristina. Das Kraftwerk, mit dem zu viele befreundet sein wollen, hat mal wieder versagt. Die Reaktion der Gäste: Gelächter und Heiterkeit. Die Kellner spurten im Handschein weiter von Tisch zu Tisch.

Im Kosovo stößt man an jeder Straßenecke auf die Probleme des Landes. Nebenan findet man auch immer eine Bar, in der man trotz allem, bei bester Laune ist.

- 1 Verfechter eines unabhängigen Kosovos: Ibrahim Rugova
 - 2 Der Newborn-Obelisk in Pristina: Symbol für die Staatsgründung
 - 3 Parlamentsgebäude mit großformatigem UÇK-Kämpfer
- alle Fotos: © Fabian Jellonnek

ALLE WEGE FÜHREN NACH MOSKAU

Über das Leben und Leiden tadschikischer Arbeitsmigranten in Russland

Von Kaspar
Johannes
Meyer

Wir befinden uns in dem Kurort Obi Garm, einige Stunden südlich der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe. Uns umgeben schroffe Berge, in der Tal-senke plätschern die heißen Kurquellen, hin und wieder hört man ein Zicklein meckern oder eine Grille zirpen. Am Himmelszelt ist keine Wolke zu sehen, die Nacht ist klar. Bei einer Flasche russischen Bieres plaudern wir mit einem Weißbart, so werden Ältere hier respektvoll genannt. Meine Mitreisende zeigt sich von der Natur beeindruckt: „Hier in Tadschikistan leuchten die Sterne so hell. Bei mir in Berlin bekomme ich die nie richtig zu sehen.“ Wir sind wahrscheinlich nicht die ersten Touristen, die dem alten Mann begegnen. Er schaut uns schief an, zuckt mit den Schultern und antwortet: „Schön. Dafür gibt es hier keine Arbeit.“

In Tadschikistan fällt das Geld nicht wie die Sterne vom Himmel. Bereits vor

dem Zerfall der UdSSR war es die ärmste aller sowjetischen Teilrepubliken. Nach Glasnost und Perestroika verschlimmerte sich diese Lage noch einmal drastisch, da die Subventionen aus Moskau wegfielen. Aus dem Nest der sozialistischen Brüdervölker gestoßen, war das Land mit seiner auf Abhängigkeit von Russland ausgerichteten Wirtschaft plötzlich auf sich selbst gestellt. Die gut gebildete russische Bevölkerung verließ das Land, ein Bürgerkrieg forderte bis 1997 schätzungsweise 100.000 Tote, die wachsende Bevölkerung hat kaum wirtschaftliche Perspektiven. Die einzige Nabelschnur, die die tadschikische Wirtschaft heute noch am Leben hält, sind die Rücküberweisungen der in Russland arbeitenden Tadschiken. Diese finanziellen Hilfen machen je nach Schätzung 35 % bis 50 % des tadschikischen Bruttoinlandsproduktes aus. In kaum einem anderen Land der Welt liegt dieser Wert so hoch.

Die Verbindung zu Russland und zur russischen Sprache ist in den letzten zwei Dekaden zwar etwas zurückgegangen, aber immer noch vergleichsweise stark. Da viele Tadschiken noch gut russisch sprechen oder zumindest verstehen, bietet sich das Land für einen vorübergehenden Arbeitsaufenthalt gut an. Die meisten von ihnen verlassen im Alter von 17 bis 20 Jahren ihre Heimat, nicht unbedingt auf der Suche nach einem besseren Leben. Die wenigsten von ihnen planen, länger als ein paar Jahre in Russland zu bleiben. Manche der Migranten wollen oder müssen ihre Familien finanziell unterstützen, andere möchten Geld für ihre Hochzeit verdienen, welche für viele das wichtigste Ereignis im gesamten Leben ist. Wieder andere werden vom Abenteuer gelockt, von der Hoffnung, viel Geld zu verdienen, das glamouröse Moskauer Leben einmal mit eigenen Augen zu sehen, Freiheit fernab der strengen Strukturen der Familie zu genießen. Wer ein Jahr in Russland überstanden hat, kann sich als echter Mann betrachten, hat möglicherweise etwas Geld beiseitegelegt, um der Mutter oder Schwester ein kleines Geschenk zu machen. Das Abenteuer beginnt meist schon mit der Reise nach Russland. Ein Flug, die gefahrlosere Variante, kostet etwa 500 \$. Mit dem Bus sind es zwar nur 150 \$, dafür ist man vier bis fünf Tage unterwegs. Die russischen Grenzposten kennen die missliche Lage der Arbeitsmigranten gut und knüpfen ihnen an jeder Ecke Bestechungsgelder ab. Kriminelle Banden haben sich darauf spezialisiert, die heimkehrenden Tadschiken auszurauben und ihnen den Lohn des gesamten letzten Jahres abzunehmen. In Russland angekommen, bringen die Meisten einen Kontakt mit, an den sie sich - wenn sie Glück haben - wenden können. Über sie werden erste kleine Jobs vermittelt. Viele Tadschiken arbeiten als Straßenkehrer, in Fabriken, als Security in Supermärkten oder auf Baustellen. Etwa eine Million Mann ist dieses Arbeitsheer stark.

Einige Gastarbeiter kennen sich bereits aus ihrem Heimatland, die gegenseitige Unterstützung ist entscheidend für den Überlebenskampf. Um den russischen Winter in ungeheizten Baracken zu überstehen, schlafen die Männer oft dicht an dicht, sodass sie sich nicht mehr bewegen können. Muss sich doch jemand umbet-

ten, stößt er einen Ruf aus, und alle Halbschlafenden wenden sich einmal um 180 Grad. Nicht selten kehren die Tadschiken im Sarg in ihre Heimat zurück. Manchmal sind es interne Streitereien, Raubüberfälle oder russische Skinheads, die für ihren Tod verantwortlich sind. Die wenigsten Fälle werden aufgeklärt, das Interesse der russischen Behörden an solchen Angelegenheiten hält sich in Grenzen.

Ebenso wie Deutschland ist Russland ohne Arbeitsmigranten nicht überlebensfähig. Es ist nicht besonders schwer, ein Arbeitsvisum für einen kürzeren Aufenthalt zu bekommen. Trotz wirtschaftlicher Abhängigkeit wird den Arbeitssuchenden mit großer Feindseligkeit begegnet. „Russland den Russen“ kann man immer wieder an Häuserwände und U-Bahnen geschmiert lesen. Zentralasiatische und kaukasische Migranten werden abfällig „Tschornashopy“, zu Deutsch Schwarzärsche, genannt. Um der Gefahr nationalistischer Übergriffe zu entgehen, werden in Tadschikistan meistens die hellhäutigen Familienmitglieder dazu ausgewählt, nach Russland zu gehen. Viele Fälle sind bekannt, in denen zentralasiatische Gastarbeiter mit hellhäutigeren Frauen auf den Moskauer Straßen gesehen und von russischen Milizionären misshandelt und bedroht werden. Die Heirat mit einer russischen Frau bedeutet für viele Tadschiken die Möglichkeit, langfristig in Russland bleiben zu können. Dabei stehen die Zentralasiaten in dem Ruf, weniger als russische Männer zu trinken, zuverlässiger zu sein und der Familie mehr Bedeutung und Aufmerksamkeit zu schenken. Für die in Tadschikistan zurückgelassenen Familien bedeutet der Weggang ihrer Sprösslinge nicht automatisch einen verbesserten Lebensstandard. Viele Frauen bleiben ohne ihre Männer zurück und haben größte Schwierigkeiten, sich und ihre Kinder über die Runden zu bringen. Vor allem in ländlichen Gebieten stellt die Arbeitsmigration eine substantielle Bedrohung für die Sozialstruktur dar.

Und so hat sich das politische Verhältnis zwischen Moskau und Duschanbe zwar verändert, doch wirtschaftlich scheint alles beim Alten zu bleiben. Tadschikistan kann ohne das russische Geld nicht leben, zugleich destabilisiert der Sog der Wirtschaft die Familienstruktur der Heimat.

EUROPÄISCHE MIGRATIONSPOLITIK – DIE STUNDE DER POPULISTEN

Ein Kommentar von Pit Reinesch

Jedes Jahr am 9. Mai ist Europatag. Dieser Tag geht auf die Verkündung des Schumann-Plans am 9. Mai 1950 zurück, der den Grundstein für die europäische Union legt. An 9. Mai dieses Jahres veröffentlichte die britische Tageszeitung „The Guardian“ einen Exklusivbericht, der tief blicken lässt, was den Zustand des heutigen Europas betrifft. Ein Flüchtlingsboot mit 72 Passagieren geriet im Mittelmeer in Schwierigkeiten, als der Treibstoff ausging. Obwohl die Menschen an Bord einen Notruf an die italienische Küstenwache absetzten und obwohl das Boot zeitweilig in Sichtweite eines NATO-Schiffes (vermutlich des französischen Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“) trieb, kam niemand zur Rettung. Als das Boot nach 16 Tagen auf offener See an die libysche Küste gespült wurde, waren 61 Menschen an Bord verhungert, darunter zwei Kleinkinder.

Die europäische Migrationspolitik gerät zunehmend aus den Fugen. In den letzten beiden Jahren waren die südeuropäischen Staaten, besonders Griechenland mit den Flüchtlingsströmen heillos überfordert. Seitdem durch die arabischen Revolutionen die Potentaten gestürzt wurden, die die Drecksarbeit für Europa übernommen hatten, kommen nun auch wieder mehr Migrantinnen über das Mittelmeer. Doch statt den südeuropäischen Staaten zu helfen und die Flüchtlinge auf alle EU-Länder zu verteilen, wollen nun wieder einige Staaten Kontrollen an den EU-Innengrenzen einführen. Es scheint, als ob eher die Reisefreiheit für europäische Bürger eingeschränkt wird, als dass sich eine humanitäre und vernünftige Flüchtlingspolitik durchsetzt. Diese Zuspitzung ist die Konsequenz aus dem Versagen der europäischen Migrationspolitik des letzten Jahrzehnts.

In den Amsterdamer Verträgen von 1998 wurde eine Vergemeinschaftung der Asyl- und Flüchtlingspolitik beschlossen, die allerdings nie so in die Tat umgesetzt wurde. Die Innenminister der Mitgliedsländer behielten die Kontrolle über die Mi-



A boat carrying African asylum seekers and migrants in the Mediterranean Sea between Africa and Italy.
© UNHCR / L.Boldrini

grationspolitik in der Hand. So wurden Initiativen der europäischen Kommission im Rat für Justiz und Inneres meistens weichgespült und die konsultative Funktion des Europaparlaments oft gänzlich ignoriert. Im Jahr 2003 wurde beispielsweise die Richtlinie über die Mindestnorm für die Aufnahme von Asylbewerbern angenommen, noch bevor das Parlament eine Stellungnahme dazu verfasst hatte. Als Konsequenz aus der Dominanz der Innenminister ergab sich, dass die internationalen Migrationsströme in erster Linie unter Sicherheitsaspekten betrachtet wurden. Innerhalb des Rates für Justiz und Inneres gab es dabei lange Zeit eine Dominanz der Innenminister Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Österreichs, Belgiens und der Niederlande bei migrationspolitischen Fragen. Diese Zusammenarbeit, die oft auch über informelle Kanäle auf Ministeriumsebene läuft, hat bereits eine lange Tradition, die seit der Umsetzung der Schengener Verträge ab 1985 besteht.

Im letzten Jahrzehnt bildeten sich vor allem drei Mechanismen heraus, mit der die europäische Union Migrationsbewegungen verhindern will: eine restriktive Flüchtlings- und Asylpolitik im Rahmen der Dublin-II-Verordnung, eine Kooperation bei der Sicherung der Außengrenzen unter anderem mithilfe der Grenzschutzagentur Frontex und eine Exterritorialisierung der Flüchtlingsbekämpfung durch Abkommen mit angrenzenden Staaten.

Die Dublin-II-Verordnung wurde 2003 beschlossen und sollte klären, welches Land innerhalb des Schengenraums für ein Asylverfahren zuständig ist. Nach Dublin-II ist es das Land, in dem ein Asylbewerber zum ersten Mal den Schengenraum betreten hat. Die Verordnung wurde unter der dänischen Ratspräsidentschaft 2003 in einem - bis dahin in der Geschichte der europäischen Union einmaligen Vorgang - mithilfe einer sogenannten „Informal Silent Procedure“ durchgesetzt. Dabei wurden



Fleeing Libya by Sea: Three people died on this boat, which ran aground on Lampedusa after the dangerous journey from Libya.
© UNHCR / F.Noy / May 2011

At least 150 drown as yet another Lampedusa-bound boat capsizes: A floating cemetery of smuggler's boats in Lampedusa. These rickety boats were used to transport people fleeing Libya for Italy. Many do not make it this far.
© UNHCR / F.Noy / May 2011

die Mitgliedsstaaten am 28. November 2003 per Fax über den Vorschlag der Ratspräsidentschaft informiert, der Vorschlag galt als angenommen, nachdem bis zum 6. Dezember kein Mitgliedsstaat ein Veto eingelegt hatte. Das Dublin-II-Verfahren führte nicht nur zu Abschiebungen von Asylbewerbern innerhalb Europas, sondern auch zu einer Überlastung südeuropäischer Staaten, vor allem Griechenlands. Im Januar 2009 gab es deshalb ein Treffen zwischen Innenministern Griechenlands, Italiens, Zyperns und Maltas, bei dem eine gemeinsame Erklärung verfasst wurde, in der sich die vier Staaten klar gegen die Dublin-II-Regelung positionieren: „Initiatives to amend the Dublin II Regulation should be supported and take into consideration that the system of responsibility allocation provided by the existing Regulation, results in added burden on front-line Member States.“ Die 4 Mittelmeerstaaten fordern dabei vor allem, dass die Verteilung der Asylbewerber innerhalb der EU anders geregelt werden soll: „As a matter of principle Cyprus, Greece, Italy and Malta prefer a more formalized approach to intra-EU reallocation in the longer term which may also include asylum seekers, although at present the utmost priority is to start implementing intra-EU reallocation under existing arrangements as early as possible.“

Vor allem in Griechenland spitzte sich die Situation in den vergangenen Jahren dramatisch zu. Besonders für Flüchtlinge aus Krisenregionen wie dem Irak oder Afghanistan führt eine der wichtigsten Routen über den Bosphorus nach Europa. Bereits in den vergangenen Jahren wurde allerdings das Asylsystem in Griechenland kritisiert, unter anderem von Medecins sans frontieres, Amnesty International und UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR. Diese Kritik bestätigte sich durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) am 21. Januar dieses Jahres. In dem Fall ging es um einen afghanischen Flüchtling, der 2008 über Griechenland

nach Belgien geflohen war und dort Asyl beantragte. In Griechenland wurde er dabei von Sicherheitskräften aufgegriffen und seine Fingerabdrücke wurden in der europäischen Datenbank EURODAC gespeichert. In Belgien wurde durch einen Abgleich der Fingerabdrücke festgestellt, dass der Asylbewerber bereits in Griechenland von den Behörden registriert worden war. Nachdem er nach Griechenland abgeschoben wurde, musste er dort auf der Straße leben und wurde nach seinen Angaben von griechischen Polizisten an die Grenze zur Türkei gebracht. Dass er damals, bei einer Aktion ohne jegliche legale Basis, nicht in die Türkei abgeschoben wurde, verhinderten türkische Polizisten. Gegen seine Dublin-II-Abschiebung nach Griechenland klagte er in Straßburg. Das EGMR gab ihm Recht und verurteilte Griechenland und Belgien. Der Straßburger Gerichtshof stellte fest, dass das mangelhafte Asylsystem in Griechenland und die Umstände, in denen der afghanische Asylbewerber dort leben musste, einen Verstoß gegen Artikel 3 der europäischen Menschenrechtskonvention darstellten, der sicherstellen soll, dass niemand einer unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe oder Behandlung unterworfen wird. Dies sei auch den belgischen Behörden bewusst gewesen, als sie die Abschiebung vollzogen. Des Weiteren wurden sowohl Belgien als auch Griechenland verurteilt, weil sie gegen Artikel 13 verstoßen haben, dem Recht auf wirksame Beschwerde. Das Urteil vom 21. Januar lässt dabei die Zweifel gegenüber dem Dublin-II-Abkommen weiter wachsen. Schon im Vorfeld hatten einige EU-Staaten die Abschiebungen nach Griechenland ausgesetzt. So beschloss zum Beispiel das deutsche Innenministerium zwei Tage vor der Urteilsverkündung, für ein Jahr lang keine Asylbewerber mehr nach Griechenland abzuschieben.

Aber nicht nur Dublin-II ist momentan in Frage gestellt, durch die Revolutionen in der arabischen Welt ist mit der Exterritorialisierung der Flüchtlingsbekämpfung ein



Fleeing Libya by Sea: People disembark at Lampedusa from an Italian police vessel. Aid workers escort the weakest to a reception hall for medical assessment.
© UNHCR / F.Noy / May 2011

die Rückübernahme von Flüchtlingen beinhaltete.

Mit den Aufständen in der arabischen Welt sind die Deals, die mit den nordafrikanischen Diktatoren abgeschlossen wurden, nun erst mal hinfällig. Seitdem versuchen wieder mehr Menschen über das Mittelmeer die Küsten Europas zu erreichen. Die Probleme der internationalen Migrationsbewegungen, die Europa mit den Mechanismen der Flüchtlingsabwehr zu verdrängen versuchte, stehen nun wieder vor der Tür. Dass die EU den billigen und schmutzigen Weg der Bekämpfung und Abschottung gewählt hat, statt Wege der legalen Migration zu eröffnen und zugrundeliegende Ursachen der Migrationsbewegungen zu bekämpfen, führt konsequenterweise immer wieder zu neuen Krisen. In diesen Krisen schlägt auch die Stunde der Populisten: Populisten

weiterer Baustein der Festung Europa ins Wanken geraten. Als Reaktion auf die Flüchtlingsströme, die in Booten über das Mittelmeer kamen, beschloss die EU im Jahr 2005 eine „Global Approach to Migration“. Durch eine Kooperation mit nordafrikanischen Staaten, wie Marokko, Algerien und Libyen, sollten die Flüchtlingsströme über das Mittelmeer verhindert werden. Ähnliche Kooperationen wurden auch mit anderen Transitländern, beispielsweise der Ukraine, sowie Herkunftsländern der Flüchtlinge abgeschlossen. Dabei geriet vor allem die Kooperation mit dem Gaddafi Regime in Libyen unter starke Kritik. Schon bevor die Kooperation beschlossen wurde, kritisierte ein Bericht einer EU-Delegation aus dem Jahr 2004 die Zustände für Migranten in Libyen: „Varying from one centre to the other, the experts had the opportunity to interview the detainees who, when not in presence of the Police guards, complained about the arbitrary character of their detention (...) None of the detainees knew what the maximum duration of detention in the centres was nor had any information on the legal procedures and conditions for repatriation. The same kind of information was requested by our Libyan hosts who were unable to provide a clear answer“. Der EU-Rat für Justiz und Inneres beschloss im Juni 2005 trotzdem eine Zusammenarbeit mit Libyen.

Ein Jahr zuvor hatte die EU bereits das über 20 Jahre geltende Waffenembargo gegen das Gaddafi-Regime auf Drängen der italienischen Regierung beendet. Denn Rom wollte die libysche Küstenwache mit neuen Patrouillenbooten ausstatten. Die Kooperation zwischen der Regierung Berlusconi und Libyen war besonders eng, so beschlossen die beiden Länder 2008 ein „Freundschaftsabkommen“, in dessen Rahmen Italien sich für alle in der Kolonialzeit in Libyen begangenen Verbrechen entschuldigte und 5 Milliarden Euro an Libyen zahlen sollte. Im Gegenzug stimmte Gaddafi einem Rücknahmeabkommen für Flüchtlinge, die aus Libyen in Richtung Italien in See stachen, zu. Auch die EU versuchte weiterhin eine engere Kooperation mit Libyen einzugehen. Dabei war es auch egal, dass Gaddafi im 2010 den UNHCR aus dem Land werfen ließ. Noch im Februar 2011 gab es in Brüssel Verhandlung mit dem damaligen libyschen Innenminister über die Ausgestaltung eines Rahmenabkommens, das

wie Silvio Berlusconi, der tunesischen Flüchtlingen augenzwinkernd Sondervisa ausstellt, damit sie nach Frankreich weiterreisen, oder Nicolas Sarkozy, der daraufhin einen Grenzübergang an der französisch-italienischen Grenze schloss. Nach einem gemeinsamen Gipfel am 26. April 2011 forderten die beiden Staatschefs die europäische Kommission schließlich dazu auf, temporäre Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums zuzulassen „im Falle von außergewöhnlichen Schwierigkeiten bei der Verwaltung der gemeinsamen Außengrenzen“. Auch Dänemark will diese Initiative unterstützen. Außerdem hat Dänemark beschlossen, wieder permanente Grenzkontrollen durchzuführen. Dieser Beschluss beruht auf einem Handel der dänischen Minderheitsregierung mit der rechtsradikalen dänischen Volkspartei, bei dem Fremdenfeindlichkeit und neoliberale Kürzungspolitik Hand in Hand gehen. Im Gegenzug für die Grenzkontrollen gab die dänische Volkspartei ihre Zustimmung für eine Rentenreform in Dänemark, bei der das Renteneintrittsalter in die Höhe gesetzt und Frührentenleistungen eingeschränkt werden sollen.

Trotz der offensichtlichen Krisenhaftigkeit der europäischen Migrationspolitik ist also kein Wandel zum Besseren in Sicht. Im Gegenteil, so hat die EU im Februar dieses Jahres ein Rücknahmeabkommen mit der Türkei beschlossen und im Mittelmeer läuft unter dem Namen „Hermes 2011“ die nächste Frontex Operation. Hinter vorgehaltener Hand wird die restriktive europäische Asylpolitik auch mit dem um sich greifenden Rechtspopulismus in Europa begründet. Der ehemalige deutsche Innenminister Thomas de Maizière meinte: „Wir werden auch die Akzeptanz für die humanitäre Tradition Europas als Land, wo Flüchtlinge aufgenommen werden, nur dann halten können, wenn wir den Menschen in Europa sagen, dass wir den Missbrauch bekämpfen.“ Aber es ist gerade die restriktive Migrationspolitik, die die Rechtspopulisten in Europa salonfähig zu machen droht. Denn eine Politik des Appeasement hat gegenüber den Rechten noch nie geholfen. Eine glaubwürdige Wende in der europäischen Migrationspolitik ist dringend notwendig, die Politik der Flüchtlingsbekämpfung untergräbt die moralische Integrität der europäischen Demokratien und verdrängt die Probleme, statt sie zu lösen.

WIRD DER FLUCHTWEG NACH EU ROPA JETZT MENSCHLICHER?



Wir brauchen vernünftige Lösungen, auch für Wirtschaftsflüchtlinge sagt der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP).

Die italienische Grenze ist unsere gemeinsame EU-Außengrenze. Insofern tragen auch wir Verantwortung. Eines muss klar sein: wer in Not ist, findet in Europa Aufnahme. Daneben ist es wichtig, dass wir zentrale Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses, wie etwa die grenzüberschreitende Mobilität, nicht in Frage stellen. Auch dürfen an unserem Bekenntnis zur innereuropäischen Solidarität keinerlei Zweifel aufkommen.

Gleiches gilt auch in Bezug auf Nordafrika. Unterstützung im Transitionsprozess heißt konkret, dass wir Länder wie Tunesien mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus Somalia und Eritrea entlasten. Wir haben mit der Aufnahme von 100 Menschen, die in Malta gestrandet waren, ein erstes wichtiges Signal der Menschlichkeit gesetzt. Aber als reiches Land können wir mehr Menschen in Not helfen.

Solange in Ägypten und Tunesien kein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung stattfindet, werden Menschen nach Europa kommen. Für diese sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge müssen wir vernünftige Lösungen finden. Wir müssen das auch als eine Chance begreifen: Wir haben angesichts unseres Fachkräftemangels durchaus ein Interesse daran,

zum Beispiel tunesischen oder ägyptischen Ingenieuren die Chance zu geben ein paar Jahre Geld in Europa zu verdienen. Bei ihrer Rückkehr können sie damit zum wirtschaftlichen Aufbau ihrer Heimatländer beitragen. So hat es in Osteuropa nach dem Fall der Mauer auch funktioniert. Daher sollten wir Fachkräften, aber auch zum Beispiel Studenten Möglichkeiten bieten, legal zu uns zu kommen. Es geht darum eine intelligente Lösung zu finden, die den Menschen hilft und uns nutzt.

Die EU hat keine Konzepte und stellt sich taub meint Ali Al-Nasani, Ex-Sprecher von Amnesty International und Mitarbeiter von Barbara Lochbihler, Europaabgeordnete der Grünen.

Menschen fliehen nicht freiwillig, sie werden von widrigen Umständen wie Krieg, Terror, staatliche Repression, Naturkatastrophen oder blanker Armut gegen ihren Willen gezwungen, ihre Heimat verlassen. Dies wird auch in Nordafrika wieder deutlich, wo sich die EU viel zu lange auf eine Kooperation mit Diktatoren und Autokraten eingelassen hat, um Flüchtlinge von den Grenzen fern zu halten. Heute wird von Seiten der NGOs der Ruf immer lauter, legale Wege der Migration nach Europa zu öffnen. Doch die EU-Mitgliedstaaten erweisen sich als konzeptionslos und stellen sich taub. Immer noch werden dreimal mehr Gelder zur Flüchtlingsabwehr als zur Flüchtlingsaufnahme ausgegeben. Die Grenzschutzagentur FRONTEX wird aufgerüstet, und statt die Flüchtlinge auf hoher See zu schützen versteht sie ihre Rolle darin, die Flüchtlinge wieder in die gleiche (Bürger-)Kriegssituation zurück zu drängen, aus der sie gekommen waren. Und eine neue zynische Argumentation wird offenbar: Da jetzt scheinbar die Demokratie in Nordafrika ausgebrochen ist, gibt es ja keinen Grund mehr, das Land zu verlassen. Flüchtlinge sollen nun also erst recht fernbleiben. Leider hat die EU aus der Geschichte bisher nichts gelernt und bekämpft immer noch die Flüchtlinge anstelle der Fluchtursachen. Das Sterben an den EU-Außengrenzen wird weitergehen.

Der Kampf um die Rechte von Flüchtlingen wird kein bisschen leichter fürchtet Bernd Mesovic, Sprecher von ProAsyl.

Während der demokratische Aufbruch in vielen arabischen Staaten das politische Koordinatensystem verändert, bleibt Europa selbstbezogen, eurozentrisch und migrationsapokalyptisch. Die neuen Regierungen sollen dort weitermachen, wo die nordafrikanischen Despoten zwangsläufig aufgehört haben: als Kollaborateure europäischer Abschottung und Rohstofflieferanten. Dass in Tunesien und Ägypten Hunderttausende von Flüchtlingen gestrandet sind und in Lampedusa gerade einmal 25.000 – der saturierte Europäer will's nicht wissen. Flüchtlingshilfe ja bitte – aber doch nur anderswo. Der Kampf um die Rechte von Flüchtlingen wird kein bisschen leichter. (Zusammstellung: fj)

F! Y Y T

G R A F I K - D E S I G N

GRENZWERTIG

Zeitschrift für Migration und Menschenrechte Ausgabe #4 · Sommer 2011 · kostenlos

Teil eins - Vor der Haustür

- 02 Gastkommentar Wolfgang Thierse
- 03 Hilferufe im Web - Teil 1:
Kinderflüchtlinge bloggen
- 04 RassistInnen in Uniform
- 09 Neue Rechte - Alte Denke
- 12 Antiziganismus in Trier
- 14 Deutschland droht zum Abschied
- 16 Abgeschoben ins Nichts
- 18 Rückkehrhilfe im Zwielicht

Teil zwei - Kulturteil

- 23 Buch- und Filmkritik
- 27 Lyrik, Prosa und Zeichnungen

Teil drei - Weltweit

- 35 Menschenrechtsbeobachtungen
in Chiapas / Mexiko
- 38 Fotoreportage aus Rumänien
- 43 Hilferufe im Web - Teil 2
- 44 Homosexuelle Flüchtlinge in
Europa
- 46 Kosovo: Kein kommender Aufstand
- 50 Migration nach Russland
- 52 Europäische Migrationspolitik:
Die Stunde der Populisten
- 58 Wird der Fluchtweg nach
Europa menschlicher?

